

Margot Schüller

## Die Schattenseiten des chinesischen Wirtschaftswunders:

### Regionales Entwicklungsgefälle und Armut

Wachsende regionale Entwicklungsunterschiede und über 350 Millionen Chinesen, die nach internationalen Standards unterhalb der Armutsgrenze leben, stehen in krassem Gegensatz zum Image des Wirtschaftswunderlandes. Das zunehmende regionale Entwicklungsgefälle, das Millionen von Wanderarbeitern in die Städte an der Ostküste drängen läßt, um der ländlichen Armut zu entfliehen, verstärkte Anfang der 90er Jahre die Diskussion um die Zunahme zentrifugaler Kräfte. Als Szenario des politisch-wirtschaftlichen Auseinanderfallens Chinas in Teilregionen fand diese Diskussion unter westlichen China-Experten große Beachtung.<sup>1</sup>

Seit Mitte der 90er Jahre hat sich in der politischen Führung ein Stimmungswandel hinsichtlich der Beurteilung der regionalen Disparitäten und der Armutsbekämpfung vollzogen. Partei und Regierung wollen eine stärker ausgeglichene Regionalentwicklung und mehr Ressourcen für die Reduzierung der Armut einsetzen. Die neuen Zielsetzungen finden ihren Niederschlag in den mittelfristigen Wirtschaftsplanungen, in neuen Gesetzen und Bestimmungen sowie in einer Reihe von wirtschaftspolitischen Maßnahmen.

Wie stark die politische Führung vor allem das Thema der Armutsbekämpfung in der Öffentlichkeit besetzt hat, davon konnte sich die Autorin des vorliegenden Beitrages im Herbst 1996 während eines Forschungsaufenthaltes in China selbst überzeugen. Sowohl im Fernsehen als auch in den regierungsamtlichen Tageszeitungen wurde täglich über die Besuche politischer Führer in den Armutsgeländen und über die Position der Partei und Regierung zu diesem Problemkreis berichtet. Welche Bedeutung diesem Thema nach wie vor eingeräumt wird, zeigen die im Januar 1997 veröffentlichten Reden des Ministerpräsidenten Li Peng und des Parteivorsitzenden Jiang Zemin auf der ZK-Konferenz zur Armutsbekämpfung und Entwicklung sowie der Staatsratsbeschlüsse zur Armutspolitik, die alle von Ende September 1996 datieren.<sup>2</sup>

Im folgenden Beitrag werden Fragen der regionalen Wirtschaftsentwicklung und der Armut in China gemeinsam betrachtet, da Armut in China sich im wesentlichen auf bestimmte Regionen konzentriert. Zunächst werden Ausmaß und Ursachen für die Zunahme des Regionalgefälles untersucht und anschließend nach der Entwicklung und der Ausprägung von Armut in China gefragt. Neue Konzepte zur Reduzierung des regionalen Entwicklungsgefälles und der Armut werden abschließend vorgestellt.

## 1 Entwicklung der regionalen Disparitäten

Seit Beginn der Wirtschaftsreform Ende der 70er Jahre bis Mitte der 90er Jahre veränderten sich die regionalen Entwicklungsunterschiede zwischen den Provinzen mit einem U-förmigen Verlauf. Nach einem Rückgang der Disparitäten als Folge hoher Wachstumsraten im Agrarsektor in den ersten Reformjahren erschöpfte sich diese Wachstumsquelle bereits Mitte der 80er Jahre. Der starke Industrialisierungsschub führte in den Folgejahren zu einem höheren Wachstumstempo in den Küstenprovinzen, die eine weit aus stärkere Wirtschaftskraft pro Kopf der Bevölkerung aufweisen. Die stürmische Wirtschaftsentwicklung Anfang der 90er Jahre brachte zwar auch ein höheres Wirtschaftswachstum für die Provinzen in Zentral- und Westchina mit sich, doch fiel das Entwicklungstempo in den Küstenprovinzen wiederum höher aus, so daß sich die regionalen Disparitäten deutlich verstärkten.

Mit der Veränderung des Regionalgefälles haben sich seit Mitte der 80er Jahre verschiedene Autoren beschäftigt. Allerdings sind ihre Untersuchungsergebnisse nur sehr beschränkt miteinander vergleichbar, da unterschiedliche Raumeinheiten und/oder Indices zur Messung der regionalen Wirtschaftsentwicklung herangezogen wurden. Bei der Analyse der Disparitäten zwischen den Provinzen werden von Tsui (1993) beispielsweise nicht alle 30 Provinzen, Autonomen Gebiete und regierungsunmittelbaren Städte gleichrangig behandelt. Mit der Begründung, daß Beijing, Shanghai und Tianjin keine "echten" Provinzen seien, sondern städtische Gebiete ohne (bzw. mit einem extrem kleinen) landwirtschaftlichen Sektor, integriert Tsui diese Städte in die Nachbarprovinzen. Die Städte Beijing und Tianjin wurden zur Provinz Hebei gezählt und Shanghai der Provinz Jiangsu zugeordnet.<sup>3</sup> Da diese drei Städte aufgrund ihrer überdurchschnittlichen Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung bei Berechnungen regionaler Disparitäten mit Hilfe des Variationskoeffizienten Extremwerte aufweisen, wirkt sich ihre Einbeziehung in die Nachbarprovinzen dämpfend auf das Ausmaß regionaler Unterschiede aus.

Zur Berechnung der regionalen Disparitäten werden von den Autoren auch unterschiedliche Indikatoren herangezogen. So basiert beispielsweise die Untersuchung von Denny (1991)<sup>4</sup> auf dem Nettomaterialprodukt (NMP), Yang (1992) zieht das Bruttosozialprodukt (BSP) heran<sup>5</sup>, Tsui (1993) sowie Wei und Liu (1994) verwenden das Bruttoinlandsprodukt<sup>6</sup>, während Wei (1992)<sup>7</sup>, Huo (1994)<sup>8</sup>, Herrmann-Pillath (1995)<sup>9</sup> sowie Song (1995)<sup>10</sup> das Volkseinkommen als Datenbasis benutzen. Daß nicht alle Autoren das BIP als Grundlage ihrer Berechnungen herangezogen haben, liegt im chinesischen Statistiksystem begründet. So weist das Staatliche Statistikamt diesen Indikator, der am vollständigsten die wirtschaftlichen Aktivitäten einschließlich des Dienstleistungssektors wiedergibt, erst seit wenigen Jahren aus. Nur durch Rekonstruktion des BIP für die einzelnen Provinzen durch das Statistikamt stehen diese Angaben seit kurzem auch für die 80er Jahre zur Verfügung. Die Vergleichbarkeit der Ergebnisse wird auch dadurch eingeschränkt, daß in den Untersuchungen entweder verschiedene Indizes zur Deflationierung oder nur Nominalwerte benutzt werden.

Trotz dieser Unterschiede in der Datenbasis kommen die meisten Untersuchungen zu einem auf den ersten Blick erstaunlichen Ergebnis. Die regionalen Disparitäten zwi-

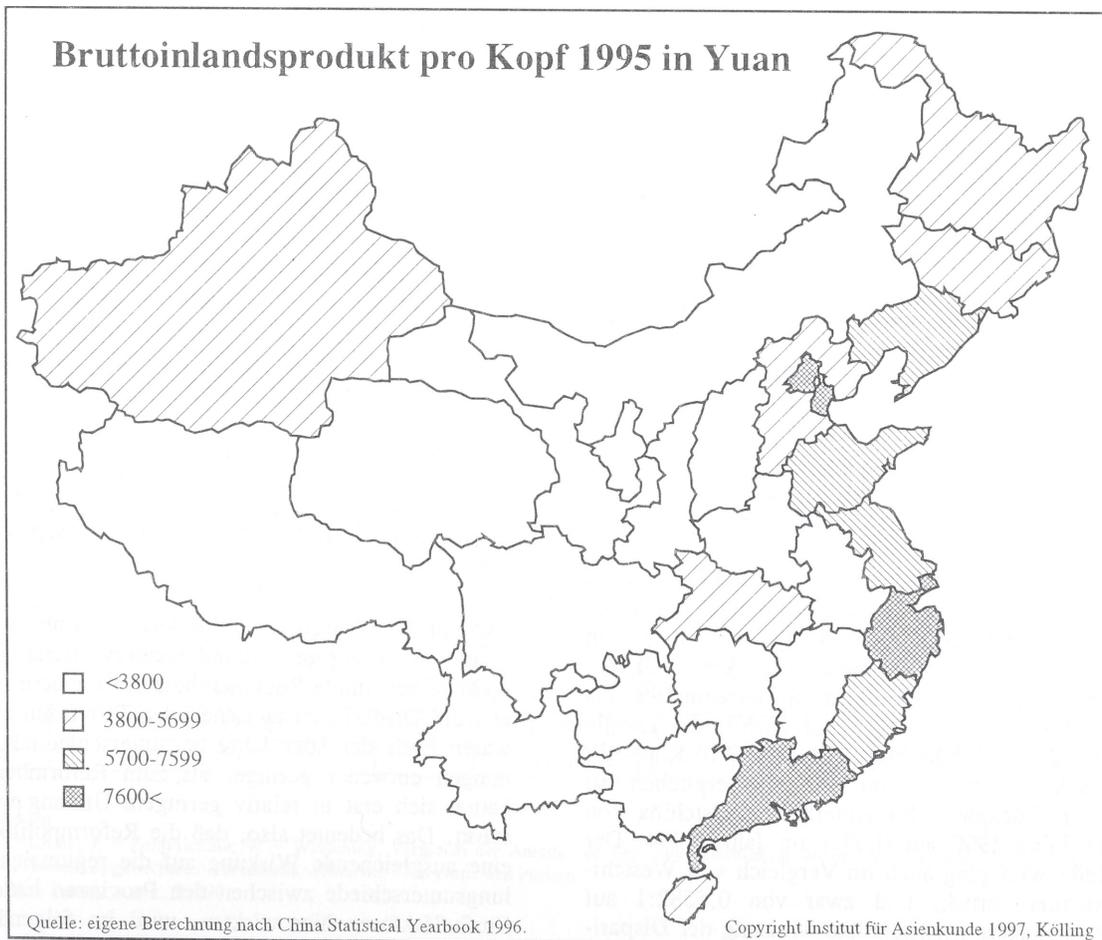
Tabelle 1: Regionale Disparitäten zwischen Provinzen

| Jahr | Vari.-Koeff. | Vari.-Koeff. | Gini-Koeff. | Gini-Koeff. |
|------|--------------|--------------|-------------|-------------|
|      | Tsui         | Song         | Tsui        | Song        |
| 1978 | 0,445        | 0,436        | 0,226       | 0,2554      |
| 1979 | 0,436        | 0,437        | 0,222       | 0,2182      |
| 1980 | 0,434        | 0,446        | 0,222       | 0,2151      |
| 1981 | 0,433        | 0,446        | 0,220       | 0,1919      |
| 1982 | 0,422        | 0,449        | 0,215       | 0,1672      |
| 1983 | 0,422        | 0,457        | 0,215       | 0,1651      |
| 1984 | 0,416        | 0,472        | 0,216       | 0,1716      |
| 1985 | 0,422        | 0,477        | 0,216       | 0,1925      |
| 1986 | 0,426        | 0,475        | 0,219       | 0,1914      |
| 1987 | 0,428        | 0,490        | 0,221       | 0,2063      |
| 1988 | 0,429        | 0,495        | 0,221       | 0,2377      |
| 1989 | 0,422        | 0,492        | 0,218       | 0,2368      |
| 1990 | k.A.         | 0,487        | k.A.        | 0,2212      |
| 1991 | k.A.         | 0,409        | k.A.        | 0,2576      |
| 1992 | k.A.         | 0,538        | k.A.        | 0,2738      |

Quelle:

Tsui, Kai-yuen (1993), *Economic Reform and Interprovincial Inequalities in China*, The Chinese University of Hong Kong, Department of Economics, Working Paper No. 31, S.23; Song, Xueming (1995), *Regionale Wirtschaftsentwicklung in China 1978-1992*, Duisburger Arbeitspapiere zur Ostasienwirtschaft, No. 18, hier S. 17.

Abbildung 1:



schen den Provinzen sind gegen Ende der 80er Jahr geringer als zu Beginn der Wirtschaftsreformen Ende der 70er bzw. Anfang der 80er Jahre. Für den Zeitraum 1980 bis 1987 errechnet Huo (1994) eine systematische Abnahme der regionalen Disparitäten mit Hilfe des Gini-Koeffizienten. Andere Untersuchungen zeigen, daß die regionalen Unterschiede zwar in den ersten Reformjahren abgenommen haben, jedoch in den Folgejahren erneut angestiegen sind, ohne jedoch bis Ende der 80er Jahre das Niveau des Ausgangsjahres erreicht zu haben. Zu diesem Ergebnis kommt beispielsweise Tsui (1993), und zwar sowohl mit Hilfe des Variationskoeffizienten als auch des Gini-Koeffizienten aus dem realen bzw. dem nominalen Pro-Kopf-Einkommen und unabhängig davon, ob der Bevölkerungsanteil der Provinzen in die Berechnung einbezogen wird oder nicht.

Während Tsuis Untersuchung die Entwicklung bis Ende der 80er Jahre umfaßt, erstrecken sich die Analysen von Herrmann Pillath (1995) und Song (1995) bis zum Jahr 1992 und machen deutlich, daß sich ab Anfang der 90er Jahre die regionalen Entwicklungsunterschiede zwischen den Provinzen wieder vergrößern. Bei Song ist der ermittelte Ginikoeffizient ab 1991 größer als zum Beginn der Wirtschaftsreform, und die Gewichtung des Variationskoeffizienten der Produktion mit dem Bevölkerungsanteil ergibt bei Song sogar eine systematische Vergrößerung der regionalen Unterschiede von 0,436 im Jahre 1978 auf 0,538 im Jahre 1992. Die Ergebnisse von Tsui und Song sind in der Tabelle 1 zusammengefaßt. Die Ergebnisse von Tsui basieren auf Daten zum realen Pro-Kopf-BIP, Song benutzt dagegen das reale Pro-Kopf-Volkseinkommen als Basis. Beide Autoren verwenden abweichende Deflatoren zur Berücksichtigung der Inflation.

Wie unterschiedlich die räumliche Verteilung der Wirtschaftskraft (Bruttoinlandsprodukt pro Kopf) ist, zeigt die Abbildung 1. An der Ostküste liegen die zehn reichsten Provinzen, hier konzentrieren sich die höchsten Werte des BIP pro Kopf. Shanghai, Beijing, Tianjin sowie die südchinesische Provinz Guangdong und Zhejiang, gefolgt von Fujian, Jiangsu, Shandong und Liaoning weisen die höchsten BIP-Werte pro Kopf auf. Von den Inlandsprovinzen haben lediglich die nordostchinesischen Provinzen Heilongjiang und Jilin sowie die zentralchinesische Provinz Hubei und die nordwestchinesische Provinz Xinjiang deutlich über dem Durchschnitt liegende BIP-Werte.

Wie sich die Wirtschaftskraft in den einzelnen Provinzen zwischen 1990 und 1994 verändert hat, wird in der Tabelle 2 deutlich.

Die Abbildung 2 zeigt die regionale Einteilung in drei Großräume.<sup>11</sup> Das stark abweichende Wirtschaftswachstum mit durchschnittlich 15,5% in Ostchina, 10,3% in Zentralchina und 9,2% in Westchina verstärkte die Disparitäten zwischen diesen Großräumen im Zeitraum 1990 bis 1994. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der Tabelle 3 wider. Wird das durchschnittliche reale Pro-Kopf-BIP von Zentralchina mit dem von Ostchina verglichen, so zeigt sich ein Rückgang des Anteils von Ostchina von 0,638:1 im Jahre 1990 auf 0,53:1 im Jahre 1994. Der entsprechende Wert ging auch im Vergleich von Westchina zu Ostchina zurück, und zwar von 0,5582:1 auf 0,445:1. Auch andere Maßstäbe zur Messung der Disparitäten wie der mit dem Bevölkerungsanteil gewichtete Vari-

ationskoeffizient und der Vergleich der Rangfolge des durchschnittlichen Pro-Kopf-BIP aller Provinzen weisen darauf hin, daß sich die Einkommensdisparitäten zwischen Ostchina und den Inlandsprovinzen mit einem höheren Tempo nach 1990 vergrößert haben.<sup>12</sup>

## 2 Ursachen für die Veränderung der regionalen Disparitäten

Unterschiede im wirtschaftlichen Entwicklungsniveau einzelner Regionen existierten bereits vor 1978. Aus der langfristigen Perspektive gesehen, war die Konzentration der Arbeits- und Wohnbevölkerung in den Städten als den traditionellen Standorten der Industrialisierung auch in China für regionale Disparitäten verantwortlich. Die Land-Stadt-Wanderung führte zu einer Entleerung bestimmter Siedlungsräume einerseits und zur Bildung von Zentren der Wirtschaftsentwicklung andererseits.<sup>13</sup> Allerdings werden die geographische Lage sowie die Ausstattung mit natürlichen Ressourcen und eine damit verbundene Bevölkerungskonzentration hier nur als Grunddaten für das Regionalgefälle mitberücksichtigt.

Der Rückblick auf die Entwicklungspolitik der Vorreformperiode beschränkt sich auf den Hinweis, daß die regionalen Wirtschaftsstrukturen durch den Aufbau der sogenannten "3.Front-Industrie" in Zentral- und Westchina beeinflusst wurden. So lagen dieser Politik in den 60er und 70er Jahren nicht nur militärstrategische Überlegungen zugrunde, sondern die Förderung der Industrialisierung in der Inlandsregion zielte ebenfalls auf den Ausgleich der regionalen Unterschiede ab, die gerade Folge wirtschaftsgeographischer Faktoren waren. Die aus der divergierenden Wirtschaftskraft der Regionen resultierenden Disparitäten in der Einkommensverteilung wurden in der Mao-Ära als unvereinbar mit den sozialistischen Gerechtigkeitsvorstellungen betrachtet, und so wurde mit der Ansiedlung von Industrieunternehmen in Zentral- und Westchina eine gleichgewichtige Regionalpolitik verfolgt. Trotz der Anstrengungen im Rahmen der Politik der "3. Front-Industrie" war der absolute Abstand zwischen der reichsten und ärmsten Provinz Ende der 70er Jahre bemerkenswert groß. Während die Provinz Guizhou 1978 ein durchschnittliches Pro-Kopf-Volkseinkommen von 156 Yuan aufwies, belief sich der entsprechende Wert für Shanghai auf 2.247 Yuan und war damit um rd. das 14fache größer. Im Vergleich zum Landesdurchschnitt von 315 Yuan Pro-Kopf-Volkseinkommen war die Wirtschaftskraft in Guizhou um 50% niedriger und in Shanghai um 613% höher.<sup>14</sup>

Obwohl die Wirtschaftspolitik nach 1978 mit der Übertragung von Vorzugsrechten auf Sonderwirtschaftszonen und -gebiete bestimmte Regionen besser als andere stellte, gingen die Disparitäten zwischen den Provinzen zurück und waren Ende der 80er Jahre bei unterschiedlichen Berechnungen entweder geringer als zum Reformbeginn bzw. hatten sich erst in relativ geringem Umfang wieder verstärkt. Das bedeutet also, daß die Reformpolitik zunächst eine ausgleichende Wirkung auf die regionalen Entwicklungsunterschiede zwischen den Provinzen hatte. Welche Einflußfaktoren hier wirkten, wird im folgenden dargestellt.

Tabelle 2: Entwicklung der Wirtschaftskraft 1990 und 1994 (Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt in RMB)

|                              | 1990 Rang | 1994 Rang |
|------------------------------|-----------|-----------|
| <b>Ostchina: WW 15,5%</b>    | 2194 9    | 3906 7    |
| Shanghai                     | 6242 1    | 9946 1    |
| Beijing                      | 5036 2    | 7559 2    |
| Tianjin                      | 3658 3    | 5247 3    |
| Liaoning                     | 2851 4    | 4226 6    |
| Guangdong                    | 2392 5    | 4726 4    |
| Zhejiang                     | 2203 6    | 4389 5    |
| Jiangsu                      | 2104 8    | 4042 7    |
| Shangdong                    | 1860 10   | 3361 9    |
| Fujian                       | 1790 11   | 3585 8    |
| Hainan                       | 1582 14   | 3215 10   |
| Hebei                        | 1568 16   | 2624 13   |
| Guangxi                      | 1080 29   | 1920 19   |
| <b>Zentralchina WW 10,3%</b> | 1401 19   | 2070 18   |
| Heilongjiang                 | 2176 7    | 2804 12   |
| Jilin                        | 1763 12   | 2605 14   |
| Hubei                        | 1575 15   | 2402 15   |
| Shanxi                       | 1551 17   | 2143 17   |
| Inner Mongolia               | 1547 18   | 2151 16   |
| Hunan                        | 1260 23   | 1850 21   |
| Anhui                        | 1180 25   | 1899 20   |
| Jiangxi                      | 1163 26   | 1839 23   |
| Henan                        | 1131 27   | 1736 27   |
| <b>Westchina WW 9,15 %</b>   | 1225 21   | 1738 24   |
| Xinjiang                     | 1920 9    | 2848 11   |
| Qinghai                      | 1601 13   | 2018 18   |
| Ningxia                      | 1457 19   | 1842 22   |
| Tibet                        | 1354 20   | 1733 28   |
| Shaanxi                      | 1303 21   | 1786 25   |
| Yunnan                       | 1301 22   | 1798 24   |
| Sichuan                      | 1187 24   | 1762 26   |
| Gansu                        | 1129 28   | 1545 29   |
| Guizhou                      | 829 30    | 1102 30   |
| <b>Gesamt WW 12,96%</b>      | 1669      | 2750      |

Quelle:  
Woo Tun-oy (1996), "Regional Economic Development and Disparities", in: Brosseau, M., Pepper, S. und Shu-ki, T. (Hrsg.), *China Review 1996*, Hong Kong, S. 285.

Tabelle 3: Einkommensdisparitäten zwischen Ost-, Zentral- und Westchina

| Jahr | O:Z:W1)           | O <sup>x</sup> :Z <sup>x</sup> :W2) | Var.K.3) | Var.K.4) |
|------|-------------------|-------------------------------------|----------|----------|
| 1990 | 100: 63,84: 55,82 | 100: 64,35: 54,89                   | 0,2544   | 0,2559   |
| 1991 | 100: 59,98: 53,58 | 100: 59,98: 53,58                   | 0,2807   | 0,2807   |
| 1992 | 100: 57,00: 50,10 | 100: 56,46: 50,05                   | 0,3094   | 0,3124   |
| 1993 | 100: 54,37: 47,04 | 100: 54,07: 46,31                   | 0,3360   | 0,3408   |
| 1994 | 100: 53,00: 44,50 | 100: 53,57: 44,19                   | 0,3547   | 0,3581   |

Anmerkungen:

1) O = Ostchina; Z = Zentralchina; W = Westchina; Vergleich der Anteile von Ost- mit Zentralchina sowie von West- mit Ostchina; 2) in laufenden Preisen; 3) gewichteter Variationskoeffizient.; 4) in laufenden Preisen.

Quelle: Woo Tun-oy, a.a.O., S. 290.

Abbildung 2:



### 2.1 Bestimmungsgründe für die Angleichung der regionalen Disparitäten bis Ende der 80er Jahre

Daß die regionalen Disparitäten zwischen den Provinzen bis Ende der 80er Jahre und das Regionalgefälle zwischen den Großräumen in den ersten Jahren der Wirtschaftsreform zurückgingen und die Inlandsprovinzen sogar ihren Beitrag zum nationalen Sozialprodukt erhöhen konnten, ist auf die neuen wirtschaftlichen Freiräume für unternehmerisches Handeln und auf die materiellen Anreize im Rahmen der Wirtschaftsreform zurückzuführen. Zwar erhöhte sich im Verlauf der Reform der Grad der wirtschaftlichen Liberalisierung für die einzelnen Regionen in unterschiedlichem Maße und regionale Disparitäten verstärkten sich dadurch, doch kann zunächst ein ausgleichender Einfluß bestimmter wirtschaftspolitischer Maßnahmen festgestellt werden. Hierzu zählen insbesondere die Agrarreform, die fiskalpolitische Dezentralisierung sowie die staatliche Investitionspolitik. Andere Faktoren wie die zunehmende Mobilität von Arbeit und Kapital sowie die Ausweitung von außenwirtschaftlichen Sonderrechten auf die Inlandsregion verhinderten ebenfalls bis Ende der 80er Jahre ein noch stärkeres Auseinanderfallen der regionalen Wirtschaftsentwicklung.

Die Ende der 70er Jahre begonnene Landwirtschaftsreform mit Erhöhung der staatlichen Ankaufspreise für landwirtschaftliche Produkte und Dezentralisierung der landwirtschaftlichen Eigentumsrechte stärkte die Wirtschaftskraft

vor allem der überwiegend agrarisch strukturierten Provinzen in Zentral- und Westchina. Auch die Lockerung der staatlichen Getreideanbau- und Ankaufspolitik ermöglichte ein Aufholen dieser Provinzen, da sich Gebiete mit komparativen Vorteilen spezialisieren konnten, während eine Spezialisierung vor der Reform unter der Maxime der lokalen Getreideselbstversorgung aller Regionen nicht möglich gewesen war. Mit der Zuteilung von Nutzungsflächen an die Bauernfamilien trat das Problem der überschüssigen ländlichen Arbeitskräfte zutage, die auf der Suche nach Arbeit zunehmend in die Städte strömten. Die zumindest in begrenztem Umfang zugestandene Mobilität der Bauern hatte einen bremsenden Einfluß auf die Ausweitung der regionalen Disparitäten.<sup>15</sup>

Der Transfer von Haushaltsmitteln der Zentralregierung in ärmere Regionen im Rahmen der Fiskalpolitik milderte ebenfalls regionale Unterschiede ab, allerdings ließ die Bedeutung dieser Umverteilung gegen Ende der 80er Jahre nach. Ursache hierfür war der Rückgang der Einnahmen der Zentralregierung an den gesamten Finanzeinnahmen, während der Anteil der Lokalregierungen stetig anstieg. Dementsprechend reduzierte sich das Volumen, das von der Zentralregierung an wirtschaftlich rückständige Provinzen umverteilt werden konnte. Ein Beispiel aus dem Jahre 1988 zeigt, daß zumindest bis Ende der 80er Jahre die Umverteilungsfunktion der Zentralregierung von großer Bedeutung für die Unterstützung der ärmeren Regionen war. So erzielten in diesem Jahr sieben Provinzen einen Haushaltsüberschuß in Höhe von 19,5 Mrd. Yuan,

während 23 Provinzen insgesamt Defizite von 24,8 Mrd. Yuan aufwiesen. Eine besondere Rolle kam dabei der städtischen Metropole Shanghai zu, die mit 10,5 Mrd. Yuan zu den Transferzahlungen der Zentralregierung beitrug. Die höchsten Subventionen erhielten die Provinzen und Autonomen Gebiete Tibet, Qinghai, Ningxia, Xinjiang und die Innere Mongolei.<sup>16</sup>

Wird die prozentuale Aufteilung der Finanzeinnahmen zwischen der Zentralregierung und den Lokalregierungen für den Zeitraum 1985-1990 näher betrachtet, dann zeigt sich ebenfalls die deutliche Bevorzugung der wirtschaftlich weniger entwickelten Regionen. Die Küstenprovinzen mit Ausnahme von Guangdong und Fujian durften in diesem Zeitraum nur einen Anteil von weniger als 50% an den Steuereinnahmen einbehalten, am geringsten war die Quote für Shanghai (26%) und Tianjin (33,5%). Je ärmer eine Provinz war, desto höher war ihre Einbehaltungsquote und desto mehr Subventionen erhielt sie durch Transferzahlungen aus dem Zentralhaushalt.<sup>17</sup> Während die Umverteilung von Mitteln aus dem Zentralhaushalt gegen Ende der 80er Jahre an Bedeutung verlor, gewannen die außerbudgetären Finanzmittel für die Haushalte der Lokalregierungen an Gewicht. Da gerade die Küstenprovinzen durch die Entfaltung ihrer Wirtschaftsdynamik den größten Teil der außerbudgetären Einnahmen auf sich vereinigen konnten (1987 beispielsweise 87%), wirkten auch aus diesem Grund die Transfers aus dem Zentralhaushalt kaum noch ausgleichend auf die regionalen Disparitäten.<sup>18</sup>

Neben der Fiskalpolitik hatte die staatliche Investitionspolitik (staatliche Investitionen aus dem Haushalt sowie staatliche Kredite) einen positiven Einfluß auf das Regionalgefälle zwischen den Provinzen bis Ende der 80er Jahre. Abhängig vom wirtschaftlichen Entwicklungsniveau flossen staatliche Investitionen in unterschiedlicher Höhe in eine Provinz.<sup>19</sup> Mit der Zunahme von Investitionen nichtstaatlicher Einheiten und dem schnellen Zustrom von Auslandsinvestitionen in einige wenige Küstenprovinzen reduzierte sich auch dieser regionale Unterschiede mildernde Einfluß der staatlichen Investitionspolitik. Wird die Veränderung des Regionalgefälles zwischen den Großräumen Ost-, Zentral- und Westchina untersucht, kommen einige Autoren sogar zu dem Schluß, daß die staatliche Investitionspolitik das Entwicklungstempo der Zentral- und Westregion verlangsamt und die Disparitäten erhöht habe. Werden nur die Jahre 1981 und 1992 betrachtet, dann zeigt sich tatsächlich eine Zunahme der Konzentration von Investitionsmitteln in der Region Ostchina von 45,9% auf 54,6%.<sup>20</sup>

Ausgleichend wirkte der Strom von Auslandskapital, der über die Weltbank, über andere internationale Entwicklungshilfeeinrichtungen sowie über bilaterale Regierungsabkommen der Entwicklungshilfe zwischen China und verschiedenen Industrieländern in die ärmeren Inlandsregionen geflossen ist. Im Gegensatz nämlich zu den ausländischen Direktinvestitionen, die sich auf wenige wirtschaftlich bereits relativ entwickelte Provinzen konzentrierten, gingen die Entwicklungshilfekredite überwiegend in die ärmeren Inlandsprovinzen.<sup>21</sup>

Die selektive Einräumung von Vorzugsbedingungen für einzelne Gebiete im Rahmen der außenwirtschaftlichen Reform zählt zu den wichtigsten Gründen für das Auseinanderfallen der Regionalentwicklung und wird im folgen-

den Abschnitt gesondert behandelt. Allerdings sind auch Ausbreitungseffekte der außenwirtschaftlichen Liberalisierung von den Küstenprovinzen auf andere Regionen feststellbar. So weisen selbst die abgelegensten Provinzen inzwischen eine Reihe von Auslandsunternehmen sowie Deviseneinnahmen aus dem Außenhandel auf. Während vor der Reform die Küstenprovinzen und Hafenstädte das Monopol im Außenhandel besaßen und hohe Gewinne aus dem Export von Rohstoffen zu niedrigen Ankaufspreisen aus den Inlandsprovinzen realisieren konnten, ist dies heute nur noch sehr eingeschränkt möglich. Der ausgleichende Effekt der Reform spiegelte sich im Zeitraum 1980-1988 beispielsweise darin wider, daß die traditionellen Exportprovinzen wie Shanghai, Tianjin und Liaoning, allerdings mit Ausnahme von Guangdong und Jiangsu, nur relativ geringe Steigerungsraten ihrer Exporte erreichten, während das Exportvolumen der meisten Inlandsprovinzen um ein Mehrfaches zunahm.<sup>22</sup>

Weiterhin hat die Zentralregierung auf Drängen der Lokalregierungen ab Mitte der 80er Jahre eine Ausdehnung der Sonderrechte auf mehr Regionen an der Ostküste sowie im Inland durchgeführt; hiervon ging ebenfalls ein ausgleichender Einfluß auf die regionalen Disparitäten aus. Anfang der 90er Jahre wurde diese Politik fortgesetzt durch Vergabe von Privilegien an neue Regionen im Inland, so beispielsweise an einige Städte im Yangzi-Becken (Wuhu, Jiujiang, Wuhan, Yueyang und Chongqing), an eine Reihe von Grenzstädten (Heihe, Manzhouli, Suifenhe, Huichun) sowie an einige Städte in Süd- und Nordwestchina.<sup>23</sup>

Zusammenfassend ist also erkennbar, daß wirtschaftspolitische Mechanismen bestanden haben, die ausgleichend auf das Regionalgefälle wirkten. Allerdings ließ ihre Bedeutung gegen Ende der 80er Jahre nach, und die binnenwirtschaftlichen Integrationskräfte waren noch nicht stark genug, um eine Vergrößerung der regionalen Disparitäten zu verhindern, deren Ursachen im folgenden näher betrachtet werden.

## 2.2 Bestimmungsgründe für die Ausweitung der regionalen Disparitäten

In der ex post-Analyse wird deutlich, daß eine Reihe von Ursachen zur Ausweitung der regionalen Unterschiede beigetragen haben. Die größte Rolle spielten hierbei folgende Faktoren, nämlich

- \* das Ausmaß, zu dem einzelne Provinzen/Großräume in die Weltwirtschaft über Kapitalströme und Außenhandel integriert sind,
- \* der Grad der Liberalisierung der Wirtschaft, gemessen am Umfang des nichtstaatlichen Sektors, sowie
- \* die Wirtschaftsstruktur, gemessen am Beitrag einzelner Sektoren zur Wirtschaftskraft und Beschäftigung.

Das unterschiedliche Ausmaß der wirtschaftlichen Sonderrechte einer Region hinsichtlich Liberalisierung der Ordnungsstrukturen und der außenwirtschaftlichen Öffnung hat entscheidend dazu beigetragen, daß sich das Regionalgefälle verstärkt hat. Dies war auch eine bewußte politische Weichenstellung durch die Zentralregierung und eine Abkehr von der ausgeglichenen Regionalpolitik Anfang der 80er Jahre. Es war damit gerechnet worden, daß der

wirtschaftliche Erfolg der Sonderwirtschaftszonen in erster Linie auf der geographischen Nähe der Provinz Guangdong zu Hongkong als einem potenten Wirtschaftspartner und den daraus folgenden Chancen für eine regionale Arbeitsteilung basieren wird. Durch die restriktive Politik gegenüber Hongkong hatte die Provinz Guangdong die Vorteile ihrer geographischen Lage vor der Reform nicht nutzen und bis Ende der 70er Jahre nur ein Einkommen von knapp über dem Landesdurchschnitt erzielen können. Ähnliches traf für die Provinz Fujian zu, die zu den ärmsten Provinzen gezählt hat, sowie für die Provinzen Shandong und Zhejiang, die hinsichtlich des Pro-Kopf-Volkseinkommens auf dem 14. und 16. Platz lagen. Zunächst bedeutete die wirtschaftliche Liberalisierung also, daß sich die Situation für Guangdong und andere Küstenprovinzen "normalisierte", sie also ihre Vorteile bei der Integration in die Weltwirtschaft nutzen konnten.<sup>24</sup>

Die Ausweitung der regionalen Einkommensunterschiede, die aus der Zuteilung von Sonderrechten und der Realisierung von komparativen Vorteilen der Küstenprovinzen zur Ansiedlung von Auslandsunternehmen entstanden, wurden dann verstärkt durch Experimente mit der Kapitalmarkt- und Unternehmensreform sowie der beschränkten Liberalisierung des Banken- und Dienstleistungssektors, die sich ebenfalls auf wenige Gebiete an der Ostküste beschränkte. Die größere Attraktivität der Küstenregion mit steuerlichen Erleichterungen, quasi-kapitalistischen Regeln für den Arbeits- und Kapitalmarkt, aber auch besseren Transport- und Kommunikationsbedingungen wirkte als Magnet für ausländische Investoren, zunächst aus Hongkong und anderen asiatischen Ländern und später zunehmend auch aus den westlichen Industrieländern. Von den genehmigten Auslandsinvestitionen, die im Zeitraum 1979 bis 1993 nach China flossen, entfiel auf die Ostregion mit 86% der Löwenanteil, während die Zentralregion 10% und die Westregion 4% absorbieren konnten.<sup>25</sup> Wie die Gegenüberstellung der Kapitalzuflüsse aus dem Ausland in verschiedene Regionen in den Jahren 1990 und 1994 zeigt (Tabelle 4), ging der Anteil Ostchinas nur um rd. 1% zurück, der Anteil Zentralchinas blieb unverändert und Westchina konnte den Anteil um rd. 1% erhöhen.

Auch 1995 und 1996 läßt sich noch keine Trendwende bei der Verteilung von Auslandskapital auf die Regionen feststellen. Nach wie vor fließt der Hauptteil in die Provinz Guangdong sowie in andere Küstenprovinzen.<sup>26</sup> Die regionale Konzentration der realisierten Auslandsinvestitionen auf die Ostküste, neben Guangdong insbesondere auf Fujian, Jiangsu, Shandong, Shanghai sowie Beijing im Jahre 1995, zeigt die Abbildung 3.

Daß der Einfluß des Auslandskapitals für die wirtschaftliche Entwicklung der Küstenprovinzen weitaus größer war als in den Inlandsprovinzen, zeigen Wei und Liu (1994) anhand der Relation zwischen Auslandskapital und Anlageinvestitionen. Der gleichzeitige Kapitalabfluß aus den Inlandsprovinzen in die Ostregion schwächte nach Einschätzung der Autoren die ärmeren Regionen zusätzlich. Ursachen hierfür waren die günstigen Investitionsbedingungen, vor allem bei Devisenkäufen und Kapitaleinlagen. Die Gründung der nationalen Wertpapiermärkte in Shanghai und Shenzhen beschleunigte den Kapitalstrom aus den Inlandsprovinzen in die Ostregion.<sup>27</sup>

Wie unterschiedlich das Ausmaß der außenwirtschaftlichen Integration Mitte der 90er Jahre war, zeigt die Abbildung 4. Als Maßstab der Integration dient die Außenhandelsquote der Provinzen. Durch ihre enge Handelsverflechtung mit Hongkong und dem Weltmarkt ist die Provinz Guangdong am stärksten außenwirtschaftlich integriert; die Provinz trägt auch inzwischen mit rd. 30% zum gesamten chinesischen Außenhandel bei. Während auch andere Küstenprovinzen einen relativ hohen Grad der Integration aufweisen, ist dies bei den meisten zentral- und westchinesischen Provinzen nicht der Fall.

Die dynamische Wirtschaftsentwicklung der östlichen Küstenprovinzen war in starkem Maße das Ergebnis zentralstaatlicher Politik, durch die diese Region gegenüber den Inlandsregionen bevorzugt wurde. Die im Zentrum der Strategie zur Entwicklung der Küstenregion stehende wirtschaftliche Anbindung der Sonderwirtschaftszonen an Hongkong und Taiwan, die Zutrittschancen zum Weltmarkt bot, erwies sich als überaus erfolgreich. Diese Strategie zusammen mit einem großen Angebot von preisgünstigen Arbeitskräften und der Bereitschaft der lokalen Beamten, günstige Bedingungen für Investitionen, Handel, Landverpachtung und andere Rahmenbedingungen auszuhandeln, ermöglichte vor allem den Provinzen Guangdong und Fujian ein schnelles Wirtschaftswachstum. Diese Provinzen haben sich inzwischen zu Zentren wichtiger verarbeitender Industrien entwickelt, die mit dem internationalen Wirtschaftssystem verflochten sind. Obwohl Shanghai und andere Küstenprovinzen heftig darum konkurrieren, um sie von ihrer Führungsposition zu verdrängen, weisen Guangdong und Fujian immer noch die größte Zahl der Joint Venture-Unternehmen und 100%igen Auslandsstöckern auf. In diesen Provinzen kommen die Quellen der Innovation heute bereits in beträchtlichem Maße aus dem Ausland. Die wirtschaftlichen Aktivitäten beider Provinzen sind in zunehmendem Maße mit den ostasiatischen Ökonomien verbunden, so daß sie weniger verwundbar sind in bezug auf Schwankungen in der Politik der Beijinger Zentralregierung als die Inlandsprovinzen.<sup>28</sup>

**Tabelle 4: Regionale Anteile an Auslandsinvestitionen und Exporten**

| <b>Anteile an den realisierten Auslandsinvestitionen:</b> |                 |                     |                  |
|---|-----------------|---------------------|------------------|
|   | <b>Ostchina</b> | <b>Zentralchina</b> | <b>Westchina</b> |
| 1990  | 88,55           | 8,06                | 3,39             |
| 1994  | 87,35           | 8,06                | 4,59             |
| <b>Anteile am Export:</b>                                 |                 |                     |                  |
| 1992  | 82,48           | 13,32               | 4,20             |
| 1994  | 86,71           | 9,57                | 3,72             |

Quelle: Woo Tun-oy, a.a.O., S. 294-95.

Abbildung 3:



Auch der Umfang des nichtstaatlichen Sektors hatte entscheidenden Einfluß auf die Wirtschaftsentwicklung einer Provinz. Der private und kollektive Sektor in der Ostregion erhielt durch den Aufschwung der ländlichen kollektiven Betriebe, die inzwischen rd. 120 Mio. Bauern beschäftigen, und durch die Ansiedlung von Auslandsunternehmen eine weitaus größere Bedeutung als in der Zentral- und Westregion. Hohe Wachstumsraten der nichtstaatlichen Industriesektor begründeten die wirtschaftliche Dynamik in der Ostregion.

Die Tabelle 5 teilt die Ostregion nochmals auf in eine Gruppe A (Provinzen mit einem hohen Anteil staatlicher Industrie wie Beijing, Tianjin, Hebei, Liaoning, Shanghai und Guangxi) sowie in eine Gruppe B (Jiangsu, Zhejiang, Fujian, Shandong und Guangdong, zu dem die Sonderwirtschaftszone Hainan zugerechnet wird), das sind Provinzen mit einem relativ kleinen Anteil staatlicher Industrie. Zu Zentralchina zählen die Provinzen Shanxi, Innere Mongolei, Jilin, Heilongjiang, Anhui, Jiangxi, Henan, Hubei und Hunan. Westchina besteht aus den Provinzen Sichuan, Guizhou, Yunnan, Tibet, Shaanxi, Gansu, Qinghai, Ningxia und Xinjiang. Während des Reformzeitraums bis 1994 betrug die jährliche durchschnittliche Wachstumsrate der Industrieproduktion landesweit 11,4%. In der Ostregion war das Entwicklungstempo der Industrie mit 12,2% am höchsten, dagegen wuchs die Industrie in Zentralchina nur mit 10,2% und in Westchina mit 9,8%. Weitaus höher war jedoch der Unterschied im Industriebeschäftigung innerhalb der Ostregion; so verzeichnete die

Gruppe A Wachstumsraten von 15,8%. In der Gruppe B dagegen wuchs die Industrie lediglich mit 8,1%. Diese Entwicklung ist auf die niedrigen Zuwachsraten der staatlichen Industrie von 2,9% zurückzuführen, die auch nur mit 17,5% zum gesamten Industriebeschäftigung der Provinzen in der Gruppe B beitrug. Andererseits zeigt die Tabelle auch, daß in der Zentral- und Westregion die staatliche Industrie zwar höhere Wachstumsraten als im Landesdurchschnitt aufweist, die Wachstumsraten der nichtstaatlichen Industrie jedoch niedriger und insbesondere ihr Beitrag zur gesamten Industrieentwicklung relativ gering ist.<sup>29</sup>

Als Folge der regional sehr unterschiedlichen Wachstumsraten der staatlichen und nichtstaatlichen Industrie haben sich die Anteile der Industrieproduktion Ost-, Zentral- und Westchinas verändert. Die Tabelle 6 zeigt die Anteilssteigerung der Region Ostchina um mehr als 6 Prozentpunkte, daran waren vor allem die Provinzen der Gruppe A beteiligt, während die Provinzen der Gruppe B Anteilsverluste hinnehmen mußten.

Von herausragender Bedeutung für die Veränderung der regionalen Industrieanteile waren die ländlichen Betriebe im kollektiven Eigentum der Kleinstädte und Gemeinden. Die Tabelle 7 spiegelt die regional unterschiedliche Rolle dieser Betriebe Anfang der 90er Jahre wider. Sowohl der Beitrag der ländlichen Betriebe zum gesamten ländlichen Sozialprodukt als auch zur Beschäftigung in den ländlichen Gebieten und zum Einkommen der Haushalte war in Ostchina mehr als doppelt so hoch wie in Westchina.

Tabelle 5: Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten und Beitrag zum Wachstum (1979-94) in Prozent

| Regionen     | Gesamtindustrie | staatl. Industrie | nichtstaatl. Industrie |
|--------------|-----------------|-------------------|------------------------|
| Ostchina     | 12,2 (68,6)     | 4,9 (51,8)        | 20,7 (73,7)            |
| - Gruppe A   | 15,8 (48,7)     | 7,7 (34,3)        | 22,2 (53,0)            |
| - Gruppe B   | 8,1 (19,9)      | 2,9 (17,5)        | 17,9 (20,7)            |
| Zentralchina | 10,2 (21,6)     | 5,9 (30,2)        | 17,6 (19,0)            |
| Westchina    | 9,8 (9,8)       | 6,5 (18,0)        | 17,6 (7,3)             |
| Gesamt       | 11,4 (100)      | 5,4 (100)         | 19,7 (100)             |

Quelle: Watanabe, T./Meng, J.J./Yang, R. (1996), „A Study on the Allocation Structure of the Economic Power among Regions in China“, in: *Jetro China Newsletter*, No. 123, S. 14.

Tabelle 6: Regionale Anteile an der Industrieproduktion (in Prozent)

| Gesamtindustrie               | 1979 | 1985 | 1994 |
|-------------------------------|------|------|------|
| Ostchina                      | 60,6 | 61,2 | 67,0 |
| - Gruppe A                    | 24,4 | 31,2 | 43,8 |
| - Gruppe B                    | 36,2 | 30,0 | 23,2 |
| Zentralchina                  | 26,5 | 26,5 | 22,6 |
| Westchina                     | 12,9 | 12,3 | 10,4 |
| <b>Staatl. Industrie</b>      |      |      |      |
| Ostchina                      | 59,4 | 56,2 | 55,3 |
| - Gruppe A                    | 20,4 | 22,6 | 28,0 |
| - Gruppe B                    | 39,0 | 33,5 | 27,2 |
| Zentralchina                  | 26,7 | 29,2 | 28,6 |
| Westchina                     | 13,9 | 14,7 | 16,1 |
| <b>Nichtstaatl. Industrie</b> |      |      |      |
| Ostchina                      | 64,7 | 69,8 | 73,1 |
| - Gruppe A                    | 38,1 | 45,8 | 52,0 |
| - Gruppe B                    | 26,6 | 24,1 | 21,1 |
| Zentralchina                  | 25,5 | 22,0 | 19,5 |
| Westchina                     | 9,7  | 8,1  | 7,4  |

Quelle: Watanabe, T./Meng, J.J./Yang, R. (1996), „A Study on the Allocation Structure of the Economic Power among Regions in China“, in: *Jetro China Newsletter*, No. 123, S. 14.

Tabelle 7: Regionale Bedeutung der ländlichen Betriebe im Jahre 1991

|                                       | China | Ostchina | Zentralchina | Westchina |
|---------------------------------------|-------|----------|--------------|-----------|
| BPW/Ländl. Sozialprodukt (%)          | 61,1  | 69,6     | 55,1         | 28,5      |
| Beschäftigte/Ländl. Arbeitskräfte (%) | 22,3  | 30,0     | 20,1         | 11,6      |
| BPW/Ländl. Bevölkerung (Yuan)         | 1.283 | 2.333    | 823          | 315       |
| Lohneinkommen/Ländl. Nettoeink. (%)   | 20,4  | 24,4     | 18,3         | 11,6      |

Quelle: Li Jingwen (1995), *Zou xiang 21 sheji de zhongguo jingji* (Chinas Wirtschaft auf dem Weg ins 21. Jahrhundert), S. 282.

Auch Song (1995) differenziert die Provinzen nach dem Anteil des Staatssektors an der Industrieproduktion und nach ihrer geographischen Lage. Werden die Provinzen nach dem Anteil ihres Staatssektors an der Industrieproduktion aufgefächert, dann ergibt sich eine negative Beziehung zwischen Einkommen und Wachstumsrate, d.h., daß solche Provinzen mit einem hohen Anteil des Staatssektors zu Beginn der Wirtschaftsreform nur relativ niedrige Wachstumsraten erreichen konnten.

Wie schnell sich der Wandel in der Eigentumsstruktur vollziehen konnte, unterlag den politischen Entscheidungen der Zentralregierung, war aber auch vom Reformwil-

len der Lokalregierungen abhängig. Hier galt die Provinzregierung Guangdong als mutiger Vorreiter, indem sie alle von der Zentralregierung eingeräumten Möglichkeiten der wirtschaftlichen Liberalisierung in den Sonderzonen nutzte und darüber hinaus die nicht explizit verbotenen Freiräume für eigene Experimente ausschöpfte. Andere Provinzen im Inland, aber auch in den schwerindustriellen Zentren waren durch eine wesentlich konservativere politische Führungselite behindert.

Als weitere bedeutende Einflußgröße für die Entwicklung der regionalen Disparitäten gilt die Wirtschaftsstruktur. Die Größe des Agrarsektors und die Ausprägung der Indu-

Abbildung 4:



striestruktur wirkten sich auf das wirtschaftliche Wachstumstempo einer Region nachhaltig aus. Provinzen, in denen der Agrarsektor überwiegend die Wirtschaftskraft bestimmte, waren aufgrund des niedrigen Wachstumstempos der Landwirtschaft gegenüber industriell stärker entwickelten Provinzen behindert. Die meisten Provinzen im Inland weisen einen relativ hohen Anteil des Agrarsektors am Sozialprodukt auf. Durch Förderung des Industriesektors versuchten die Regierungen der Inlandsprovinzen zwar ihre Wirtschaftsentwicklung zu beschleunigen, doch aufgrund knapper Investitionsmittel war das Ergebnis oft eine Vernachlässigung des landwirtschaftlichen Sektors hinsichtlich Investitionen für die Infrastruktur und Modernisierung der landwirtschaftlichen Produktion, die wiederum die Probleme des Agrarsektors verstärkte. Die Wirtschaftsentwicklung der agrarisch geprägten Provinzen wurde ebenfalls durch die Preispolitik der Zentralregierung negativ beeinflusst, die niedrige Preise für den Ankauf landwirtschaftlicher Produkte und relativ hohe Preise für den Verkauf von landwirtschaftlichen Inputs an die Bauern festlegte.

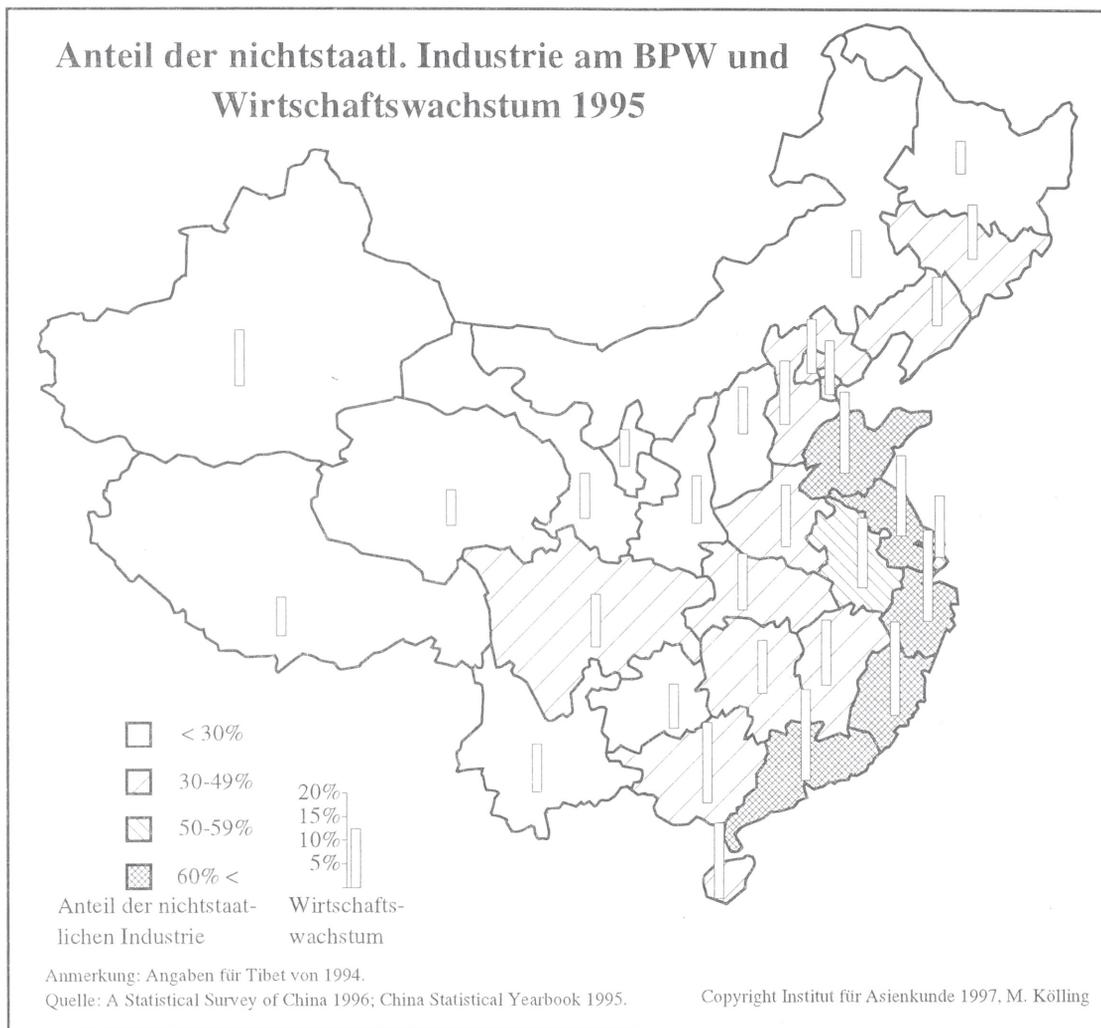
Ab Anfang der 90er Jahre wurde neben dem Wachstum der Industrie vor allem der Ausbau des Tertiärsektors von großer Bedeutung für die Dynamik einer Region. Eine schnelle Entwicklung des tertiären Sektors hat insbesondere in den Küstenprovinzen Hainan, Guangdong, Fujian,

Jiangsu, Shanghai und Shandong stattgefunden. Die meisten westchinesischen Provinzen wiesen dagegen ein unterdurchschnittliches Wachstum des Tertiärsektors auf.<sup>30</sup>

Als Erbe der Politik der "3.Front-Industrie" der 60er und 70er Jahre besitzen viele Provinzen in Zentral- und Westchina eine stark dualistische Wirtschaftsstruktur mit einem dominanten Agrarsektor einerseits sowie Enklaven der Schwerindustrie andererseits. In der Mao-Ära wurden dort neben Militärunternehmen insbesondere Bergbau-, Energie- und Grundstoffindustrien angesiedelt, deren Produkte überwiegend außerhalb der Regionen verarbeitet wurden. Ebenso wie für landwirtschaftliche Produkte galten relativ niedrige staatlich festgelegte Ankaufspreise für Rohmaterialien, die die Provinzen in Zentral- und Westchina gegenüber den Inlandsprovinzen benachteiligten.<sup>31</sup> Die Monstruktur der Inlandsprovinzen sowie der alten Industriestandorte verschärfte die Probleme der Wirtschaftstransformation von einer Agrar- in eine Industriegesellschaft und erschwerte die Diversifizierung der Industriestruktur.<sup>32</sup>

Daß die Provinzen in Zentral- und Westchina eine wesentlich geringere Dynamik bei der Entwicklung einer verarbeitenden Schwerindustrie entfalteten als die Provinzen in Ostchina, zeigen Wei und Liu. Bei einem Vergleich der Anteile der verarbeitenden Industrie am BPW der Schwerindustrie in den Jahren 1981 und 1989 wird deutlich, daß der Beitrag der verarbeitenden Industrie Ostchinas von

Abbildung 5:



47,5% auf 60,9% stieg. In Zentralchina konnte dieser Anteil jedoch bis 1989 nur auf 49,8% (1981: 39,3%) und in Westchina auf 57,1% (1981: 42,7%) erhöht werden.<sup>33</sup>

### 3 Neue Konzepte zur Reduzierung des regionalen Entwicklungsgefälles

Chinesische Prognosen über die regionale Wirtschaftsentwicklung gehen im allgemeinen davon aus, daß sich die Disparitäten zwischen den drei Großräumen Ost-, Zentral- und Westchina nicht kurzfristig reduzieren, sondern vielmehr in den nächsten Jahren weiter vergrößern werden. Für eine kurzfristige Annäherung der Entwicklungsunterschiede wird das Regionalgefälle als zu groß angesehen und davon ausgegangen, daß die Wachstumsdynamik in den Provinzen Ostchinas auch in den kommenden 10 bis 20 Jahren ungebrochen bleibt. Die Modernisierung der alten Industriestandorte wie Shanghai und Liaoning sowie die Verbesserung der Wachstumsbedingungen in den anderen Küstenprovinzen wird, davon gehen diese Prognosen aus, weiterhin zum höheren Entwicklungstempo Ostchinas beitragen. Mit Blick auf die Erfahrungen der marktwirtschaftlichen Länder wird auch für China angenommen, daß sich die regionalen Unterschiede durch das Wirken von Marktkräften zunächst verstärken werden. Zumindest für die nächsten Jahre werde damit zu rechnen sein, daß

weiterhin mehr Kapital und Arbeitskräfte aus den Inlandsregionen in die Provinzen der Ostküste strömen als umgekehrt und durch diese Konzentration die Disparitäten zunehmen werden. Auch vom erwarteten Beitritt Chinas zur WTO wird ein negativer Einfluß auf das Regionalgefälle erwartet. Die neu gegründeten Unternehmen in Zentral- und Westchina würden mit der einhergehenden Liberalisierung unter einem doppelten Wettbewerbsdruck stehen und sowohl durch internationale als auch durch inländische Unternehmen von der Ostküste bedrängt werden.<sup>34</sup>

In ihrer langfristigen Prognose bis zum Jahre 2010 erwarten Wei und Liu eine Wachstumsrate des BSP in der ersten Phase (1993-2000) von durchschnittlich 9% und in der zweiten Phase (2001-2010) von 7%. Innerhalb der ersten Phase wird von einem höheren Entwicklungstempo Ostchinas ausgegangen, das zu einer Zunahme des absoluten und relativen Unterschieds zu Zentral- und Westchina führen werde. Allerdings vergrößere sich der Abstand nicht mehr so schnell wie früher. Für die zweite Phase wird ein Wachstumstempo in den Provinzen Zentral- und Westchinas angenommen, das über dem in Ostchina liegt. Hierdurch vergrößere sich zwar noch der absolute Abstand zwischen den Großräumen, doch ginge der relative Unterschied zurück. Unter der Annahme, daß die Bevölkerung in der ersten Phase nur um 1,1% und in der zweiten Phase um 0,9% zunehmen wird, ermitteln Wei und Liu unterschiedliche Szenarien für das Regionalgefälle. Ob sich die

Disparitäten ausweiten, werde wesentlich von der staatlichen Unterstützung der Zentral- und Westregion abhängen.

Es wird also durchaus die Möglichkeit zur Reduzierung von regionalen Disparitäten gesehen, die jedoch entsprechende wirtschaftspolitische Maßnahmen erfordern wie beispielsweise die Förderung der außenwirtschaftlichen Integration durch eine Ausweitung der Sonderrechte auf die Zentral- und Westregion, mehr Finanzmittel, etc. Damit sich zumindest mittel- und langfristig die regionalen Disparitäten wieder annähern, hat die Zentralregierung neue Schwerpunkte in der Wirtschaftspolitik gesetzt. Dabei wird davon ausgegangen, daß die Marktkräfte durch staatliche Interventionen unterstützt werden müssen, um das regionale Entwicklungsgefälle zu reduzieren. Zu den Maßnahmen der Zentralregierung zählen vor allem ein größerer Ressourcentransfer aus Haushaltsmitteln der Zentralregierung in Form von Subventionen und Investitionen in die Inlandsprovinzen. Bereits bei der Reform des Steuersystems, die nach jahrelangem Tauziehen zwischen den Lokalregierungen und der Zentralregierung Anfang 1994 begonnen wurde, war die Neuverteilung der Steuern unter regionalpolitischen Aspekten gefordert worden. Mehr Finanzmittel sollten in den Haushalt der Zentralregierung fließen, um damit Infrastrukturprojekte in Zentral- und Westchina finanzieren zu können. Diese Zielsetzung wurde auch im 9. Fünfjahresplan (1996-2000) festgeschrieben, der darüber hinaus noch weitere Maßnahmen zur Unterstützung der Inlandsprovinzen nennt:

- \* Schaffung eines interregionalen Finanzausgleichs; schrittweise Erhöhung der finanziellen Unterstützung für Zentral- und Westchina.
- \* Beschleunigung der Wirtschaftsreformen und der außenwirtschaftlichen Öffnung in Zentral- und Westchina; mehr Auslandsinvestitionen sollen in diese Region gelenkt werden.
- \* Erhöhung des Anteils der staatlichen Kredite für Zentral- und Westchina. Diese Region soll über 60% der Kredite erhalten, die von internationalen Finanzorganisationen und ausländischen Regierungen nach China fließen.
- \* Projekte zur Erschließung von Ressourcen und der Bau von Infrastrukturprojekten in Zentral- und Westchina sollen Priorität erhalten. Die Mittel sollen zum größten Teil von der Zentralregierung zur Verfügung gestellt werden.
- \* Preiserhöhung für rohstoffintensive Produkte, um dadurch die Fähigkeit der Provinzen in Zentral- und Westchina zur selbständigen Entwicklung zu stärken.
- \* Umsiedlung von rohstoff- und arbeitsintensiven Industrien aus den Küstenprovinzen in die Provinzen Zentral- und Westchinas.

Daß die Regierung zwischen der Reduzierung regionaler Disparitäten und der Armutsbekämpfung einen engen Zusammenhang sieht, zeigt die Nennung weiterer Fördermaßnahmen im Fünfjahresplan:

- \* Mehr Unterstützung für arme Gebiete und Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts in Gebieten, die von nationalen Minderheiten bewohnt werden.
- \* Ministerien, gesellschaftliche Gruppen sowie Küstengebiete sollen aufgefordert werden, den Bau von Infrastrukturprojekten in Minderheitengebieten, auch in

Tibet, im Drei-Schluchten-Projektgebiet sowie in anderen armen Regionen zu erleichtern und zu unterstützen.

- \* Verstärkung der wirtschaftlichen und der technischen Zusammenarbeit zwischen der östlichen Küstenregion sowie Zentral- und Westchina. Unternehmen und sonstige Einheiten aus den Küstenprovinzen sollen mehr in Zentral- und Westchina investieren, und der Transfer von Arbeitskräften aus Zentral- und Westchina in die östliche Küstenregion sowie Ausbildung und Austausch von Personal zwischen den Regionen sollen ermutigt werden.<sup>35</sup>

Die Dringlichkeit einer neuen Regionalpolitik verschärfte sich nochmals unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Ergebnisse des 8. Fünfjahresplanes (1991-95), der eine drastische Ausweitung des Regionalgefälles deutlich machte. Weiterhin waren von der Inflationsentwicklung die Inlandsprovinzen 1994/1995 weitaus stärker betroffen, so daß dort der Anstieg des realen Einkommens erneut hinter demjenigen in Ostchina lag. Viele Lokalregierungen in Zentral- und Westchina betrachteten die ungleiche Zuteilung von Sonderrechten als eine zentrale Ursache für das Zurückfallen der Inlandsprovinzen gegenüber den Küstenprovinzen und forderten eine Abschaffung aller Privilegien bzw. eine Ausweitung der Sonderrechte auf alle Provinzen. Als Zugeständnis an die Inlandsprovinzen hat die Zentralregierung eine Kehrtwende ihrer Politik angekündigt, in deren Mittelpunkt nicht mehr die Förderung einzelner Regionen, sondern bestimmter Industrien stehen wird.<sup>36</sup>

Auf dem 8. Nationalen Volkskongreß im März 1996 zählten die regionalen Entwicklungsunterschiede zu den Themenschwerpunkten, und die Redner aus den Inlandsprovinzen forderten eine Angleichung des Regionalgefälles. Seitdem wurden detaillierte Pläne zur Beschleunigung der dortigen Wirtschaftsentwicklung vorgelegt. Hierzu gehört beispielsweise ein Plan der Staatlichen Planungskommission vom Sommer 1996 zur Förderung der Westregion, in dessen Mittelpunkt der Bau von Eisenbahnen, Autobahnen, Telekommunikationseinrichtungen sowie von neuen Agrar- und Industriebasen steht. Ziel ist die engere Verkehrs- und informationstechnische Anbindung der Inlands- an die Küstenprovinzen.<sup>37</sup>

Erste Schritte zur angekündigten Verlagerung von Produktionskapazitäten aus der Ostregion in die Provinzen Zentral- und Westchinas wurden auch bereits unternommen. Ein Beispiel hierfür ist der Transfer von Kapazitäten in der Textilverarbeitung aus Shanghai in die nordwestchinesische Provinz Xinjiang. Bis zum Ende des 9. Fünfjahresplanes sollen Shanghai sowie einige Großstädte in der Provinz Guangdong Textilmöhlen in Westchina aufbauen, so daß dort 500.000 Spindeln für die Baumwollstoffherstellung eingesetzt werden können.<sup>38</sup>

Zusammenfassend kann von einer Kehrtwende in der Regionalpolitik gesprochen werden, die sich in neuen Richtlinien zur Regionalentwicklung und in einem wirtschaftspolitischen Maßnahmenkatalog niedergeschlagen hat. Im folgenden Kapitel stehen Fragen der Armutsentwicklung und -bekämpfung im Vordergrund der Betrachtung. Der enge Zusammenhang zwischen regionalen Disparitäten und Armut sowie zwischen Regionalpolitik und Armutsbekämpfung erlaubt eine gemeinsame Behandlung dieser

Themenkreise. Zunächst wird versucht, die Armut in China zu quantifizieren und ihre Erscheinungsformen näher zu bestimmen.

#### 4 Ausmaß und Ausprägung von Armut in China

Zur Bestimmung von Armut können unterschiedliche Indikatoren herangezogen werden, die neben dem Pro-Kopf-Einkommen beispielsweise auch den Verbrauch langlebiger Konsumgüter oder die Versorgung mit öffentlichen Gütern umfassen. Um den Anteil der als arm definierten Bevölkerung zu bestimmen, kann außerdem auf der Basis bestimmter Indikatoren eine Armutsgrenze festgelegt werden. Unabhängig davon, auf welchem Niveau diese Armutsgrenze angesetzt wird, gelten für die Entwicklung der Armut in China folgende Tendenzen: Die Wirtschaftsreformen führten zu einer drastischen Reduzierung von Armut Anfang der 80er Jahre als Folge der Reformmaßnahmen im Agrarsektor. In den Folgejahren nahm die Armut ebenfalls ab, jedoch merklich langsamer. Wird die im internationalen Vergleich benutzte Armutsgrenze von 1 US\$ (pro Tag und pro Kopf) zugrundegelegt, fiel der Anteil der armen Bevölkerung von 31,5% im Jahre 1987 auf lediglich 29,4% im Jahre 1993. Für 1994 geht die Weltbank von einem Rückgang der Armut auf 26,9% aus. Wird die Armutsgrenze von 0,6 US\$ als Berechnungsgrundlage benutzt, die ungefähr dem offiziellen chinesischen Standard der absoluten Armut entspricht, ergibt sich eine Reduzierung der Armut von 8,4% im Jahre 1987 auf 8,1% im Jahre 1993; für 1994 wird der arme Bevölkerungsanteil auf 6,9% geschätzt. Der Anteil der armen Bevölkerung ist also selbst bei Verwendung extrem unterschiedlicher Armutsgrenzen seit Ende der 80er Jahre nicht in bedeutendem Umfang zurückgegangen. Da das Ausmaß der Armut von den zugrundegelegten Kriterien und der Armutsgrenze bestimmt wird, sollen diese zwei Aspekte zunächst näher betrachtet werden.

##### 4.1 Armutsindikatoren und Erfassungsprobleme

Nach dem Armutsbegriff, den das BMZ zugrunde legt, gelten Menschen dann als arm, "wenn sie nicht über das Minimum an monetären und nichtmonetären Einkommen verfügen, welches zur Deckung ihres Nahrungsmittelbedarfs und zur Befriedigung der übrigen Grundbedürfnisse erforderlich ist".<sup>39</sup> Hierbei geht es in erster Linie um die materielle Ebene der Armut, die mit Hilfe von Einzelindikatoren erfaßt werden kann.<sup>40</sup> Neben dem Pro-Kopf-Einkommen zählen hierzu der Verbrauch langlebiger Konsumgüter sowie die Versorgung mit öffentlichen Gütern wie Gesundheits- und Bildungseinrichtungen, Verkehrerschließung, die Zahl der Telefonanschlüsse etc.

Armut wird auch in China vor allem im wirtschaftlichen Sinne und als absolute Armut verstanden: "...the individual or household whose earnings and other income cannot meet his or the household's basic needs of living". Chinesische Standards zur Bestimmung von Armut basieren auf Schätzungen der zum Leben benötigten Menge an Nahrungsmitteln und dem dafür erforderlichen Einkommensniveau.<sup>41</sup>

Die von der chinesischen Regierung zur Bestimmung des Anteils der armen Bevölkerung definierte Armutsgrenze wurde im Verlauf der Reformperiode mehrfach angepaßt.

Die 1984 erstmals festgelegte Armutsgrenze lag bei 120 Yuan Pro-Kopf-Einkommen und einer Pro-Kopf-Getreidemenge von 200 Kilogramm. Die landesweit nach dieser Definition erhobenen Daten ergaben eine Zahl von 70 Millionen bzw. einen Anteil von 9% der ländlichen Bevölkerung. Auf der Basis dieser Angaben über arme Haushalte und Regionen begann die Zentralregierung mit Finanzausweisungen für die Armutsbekämpfung. Schon bald jedoch meldeten eine Reihe von Provinzen eine wesentlich höhere Armut als zuvor, wohl auch um stärker von der finanziellen Unterstützung der Zentralregierung profitieren zu können. Auf der Arbeitskonferenz zur Landwirtschaft im Jahre 1985 wurde beispielsweise von einer Armut in einem Umfang von 150 Millionen Menschen berichtet. Da die Finanzmittel der Regierung jedoch beschränkt waren, hob die Regierung die Armutsgrenze auf 200 Yuan bei einer gleichbleibenden Pro-Kopf-Getreidemenge von 200 kg an. Diesem Standard nach wurden für Ende 1985 rd. 102 Millionen Menschen als arm (im Sinne der absoluten Armut) ausgewiesen, das waren 12,2% der ländlichen Bevölkerung.<sup>42</sup>

Um die regionale Konzentration von Armut besser zu erfassen und damit Armut leichter bekämpfen zu können, wurde mit der Bestimmung von "Armutskreisen" neben der Festlegung von Armutsgrenzen ein zusätzliches Konzept entwickelt. Die im 7.Fünfjahresplan (1986-90) als arm definierten 331 Verwaltungskreise, die besondere Förderung der Zentralregierung erhielten, waren wie folgt ermittelt worden: Das Pro-Kopf-Einkommen war in diesen Kreisen im Jahre 1985 geringer als 150 Yuan (weniger als 200 Yuan in Kreisen nationaler Minderheiten und weniger als 300 Yuan in Kreisen, die als Revolutionsbasen galten). Von den Provinzen selber wurden 368 Kreise unter Anwendung lokaler Kriterien als arm identifiziert und gefördert.<sup>43</sup>

Die offiziellen chinesischen Armutsgrenzen für die absolute Armut basieren auf spezifisch inländischen Kriterien, die nicht zugrunde gelegt werden können, wenn Chinas Armutsproblem in den internationalen Vergleich gestellt wird. In ihrem Weltentwicklungsbericht von 1990 unterschied die Weltbank zwei Armutsgrenzen: Für die in "allgemeiner Armut" lebenden Menschen wurde eine Armutsgrenze von 370 US\$ pro Kopf und pro Jahr und für die in "extremer Armut" lebenden Menschen eine untere Armutsgrenze von 275 US\$ (zu Preisen in konstanten Kaufkraftparitäten, KKP) festgelegt. Bezogen auf das Jahr 1985 ermittelte die Weltbank für die Volksrepublik China unter Zugrundelegung der unteren Armutsgrenze eine Zahl extrem armer Menschen von 80 Millionen, ein Anteil von 8% der Gesamtbevölkerung, während mittels der oberen Armutsgrenze eine Zahl von 210 Millionen armer Menschen (einschließlich der extrem armen Menschen) und damit ein Anteil von 20% an der Gesamtbevölkerung errechnet wurde.<sup>44</sup> Ausgehend von der internationalen Armutsgrenze von 1 US\$ (KKP in Preisen von 1985) pro Kopf und Tag, die von der Weltbank für den internationalen Vergleich von Armut in ihrer Studie von Herbst 1996 zugrunde gelegt wurde, entfiel auf China im Jahre 1993 eine Anzahl von 372,3 Millionen armer Menschen. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung Chinas waren dies 29,4%. Die Weltbank begründete dies Ergebnis mit einer niedrigeren Schätzung des BIP (in KKP) als zuvor, die auf der Basis verbesserter Preisindices und veränderter Wachstumsschätzungen durchgeführt worden sei. Die niedrigere

Tabelle 8: Unterschiedliche Berechnungen für das Ausmaß der Armut in China

|      | Armut/Bevölkerung           | Bevölkerung<br>(Mio.) | Bevölkerung<br>Ländl Geb.(%) | Bevölkerung<br>Gesamt |
|------|-----------------------------|-----------------------|------------------------------|-----------------------|
|      | <b>Weltbankangaben</b>      |                       |                              |                       |
| 1978 | Schätzung (chin. Angaben)   | 270                   |                              | 28*)                  |
| 1985 | Schätzung (chin. Angaben)   | 97                    |                              | 9,2*)                 |
| 1985 | Armutsgr. 370 US\$          | 210                   |                              | 20                    |
| 1985 | Armutsgr. 275 US\$          | 80                    |                              | 8                     |
| 1987 | Armutsgr. 1 US\$/p.c./Tag   | 355                   |                              | 31,5                  |
| 1993 | Armutsgr. 1 US\$/p.c./Tag   | 372                   |                              | 29,4                  |
| 1994 | Armutsgr. 1 US\$/p.c./Tag   |                       |                              | 26,9                  |
|      | <b>Chin. Angaben</b>        |                       |                              |                       |
| 1984 | Armutsgr. 120 Y             | 70                    | 9                            |                       |
| 1985 | Armutsgr. 200 Y             | 102                   | 12,2                         |                       |
| 1987 | Armutsgr. 0,6 US\$/p.c./Tag |                       |                              | 8,4                   |
| 1993 | Armutsgr. 0,6 US\$/p.c./Tag |                       |                              | 8,1                   |
| 1995 | Armutsgr. 530 Y             | 65                    | 7,1                          |                       |

\*) Eigene Berechnungen auf Grundlage der Gesamtbevölkerung, Statistical Yearbook of China, verschiedene Jahrgänge.

Quelle: World Bank (1990), *World Development Report 1990: Poverty*, Washington, DC., S. 26 ff; World Bank (1992), *China. Strategies for Reducing Poverty in the 1990s*, World Bank Country Study, Washington, D.C., S. ix; World Bank (1996), *Poverty Reduction and the World Bank: Progress and Challenges in the 1990s*, S. 4 ff; Office of the Leading Group for Economic Development of Poor Areas under the State Council, 1989 a, in: Zhu/Jiang, a.a.O., S. 9: XNA, 15.5.96, nach SWB, 18.5.96.

Schätzung des Pro-Kopf-BIP führte zu einer Verdreifachung des Prozentsatzes der Bevölkerung, der unterhalb der Armutsgrenze von 1 US\$ pro Kopf und pro Tag lebt.<sup>45</sup> Dieses hohe Ausmaß von Armut wurde in der westlichen Öffentlichkeit vor allem deshalb mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, da die Weltbank noch in ihrem Bericht zur Armut in China aus dem Jahre 1992, "China: Strategies for Reducing Poverty in the 1990s", eine Zahl von 80 bis 100 Millionen Menschen, angegeben hatte. Der Bericht von 1992 sowie die in den Folgejahren veröffentlichten Weltentwicklungsberichte basierten jedoch alle auf der chinesischen Armutsgrenze von umgerechnet 0,6 US\$ (KKP) pro Kopf und Tag.

Wie bereits in verschiedenen Beispielen gezeigt, liegen über die Entwicklung der Armut unterschiedliche und teilweise widersprechende Angaben vor. Die Tabelle 8 gibt einen Überblick über die auf abweichenden Armutsgrenzen basierenden Berechnungen über den Umfang der Armut. Deutlich wird dabei, wie entscheidend die Definition der Armutsgrenze für das ermittelte Ausmaß von Armut ist. Im Falle Chinas besteht ein erheblicher Unterschied zwischen der offiziellen chinesischen Armutsgrenze und der im internationalen Vergleich verwendeten Armutsgrenze.

Um verschiedene Aspekte der Armut zu erfassen, bietet sich weiterhin ein Indikator an, der das Ausmaß von Armut unter Berücksichtigung von monetären und nichtmonetären Einkommen erfaßt. Ein Beispiel hierfür ist der Human Development Index (HDI), der von der UNDP (United Nations Development Program, einer Unterorganisation der UN) entwickelt wurde. Neben dem realen Pro-Kopf-Einkommen wird in diesem Indikator beispielsweise auch die Qualität der Gesundheitsversorgung (Lebenserwartung bei der Geburt) sowie das Ausbildungsniveau (Alphabetisierungsrate, Anzahl der Schuljahre) bewertet. Verglichen mit anderen Entwicklungsländern weist China mit einem HDI von 0,594 einen mittleren Rang auf, während die Mongolei mit einem Index von 0,604, Südkorea von 0,733 und Singapur sogar von 0,878 auf einem

relativ hohen Rang eingestuft sind. Indien dagegen liegt mit einem Index von 0,439 deutlich hinter China. Die Berechnung des HDI mit einer entsprechenden Rangfolge der Länder erlaubt einen Vergleich der relativen Armut zwischen verschiedenen Ländern. Aussagen dagegen, ab welcher Rangfolge ein Land als arm gilt, sind hierdurch nicht möglich.<sup>46</sup>

In der Tabelle 9 sind ergänzende Indikatoren zur Armut und zu ihrer Veränderung im Zeitablauf aufgeführt. Der deutliche Rückgang der Einschulungsrate kann als Folge der ländlichen Armut bewertet werden, da in manchen Regionen Kinder und alte Menschen die Bewirtschaftung des Bodens übernommen haben oder arme Bauern für ihre Kinder nicht mehr den Schulbesuch bezahlen können. Hiervon sind vor allem männliche Schulkinder betroffen, wie die Tabelle deutlich macht. Hinsichtlich der Kindersterblichkeit ergibt sich beim Vergleich der zwei Zeiträume 1980 bis 1985 und 1989 bis 1994 eine Verbesserung der Situation, und auch die bereits relativ hohe Lebenserwartung ist weiter gestiegen. Dagegen läßt sich eine erhebliche Verschlechterung des Zugangs zu sauberem Wasser feststellen, und zwar insbesondere für die Bevölkerung in den ländlichen Gebieten, die gegenüber den Städten ohnehin schlechter gestellt ist.

Die Ernährungssituation hat sich in China allgemein verbessert im Verlauf der Wirtschaftsreform. Die in der Tabelle 9 ausgewiesene Angabe von 17,5% bezieht sich allerdings nur auf Kinder unter fünf Jahren, die an Mangelernährung leiden, für den vorangegangenen Zeitraum gibt es hierzu keine Daten. In ihrem Bericht zur Welternährungslage 1996 kommt die FAO (UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft) zu dem Schluß, daß in China erhebliche Fortschritte bei der Verbesserung der Ernährungssituation der Bevölkerung gemacht wurden. Während im Zeitraum 1969-1971 rd. 45% der Bevölkerung als unterernährt galten, reduzierte sich dieser Anteil bis Anfang der 90er Jahre (1990-1992) auf 16% bzw. auf 188,9 Millionen Menschen. Nach FAO-Kriterien gelten

Tabelle 9: Entwicklung nichtmonetärer Armutsindikatoren in China:

|   | 1980-85 | 1989-94 |
|---|---------|---------|
| <b>Einschulungsrate</b>                               | 124     | 118     |
| - männliche Kinder                                    | 132     | 120     |
| - weibliche Kinder                                    | 114     | 116     |
| <b>Kindersterblichkeit (auf 1.000 Lebendgeburten)</b> | 37      | 30      |
| <b>Unterernährung (bei Kindern unter 5 Jahren)</b>    |         | 17,5%   |
| <b>Lebenserwartung (Jahre)</b>                        | 68      | 69      |
| - Frauen  | 70,9    | 72,1    |
| <b>Zugang zu sauberem Wasser, landesweit (%)</b>      | 71,3    | 67,2    |
| - in den Städten                                      | 87,0    | 83,5    |
| - in den ländlichen Gebieten                          | 67,7    | 61,4    |

Anmerkungen: Einschulungsrate bezieht sich auf den prozentualen Anteil der Schulkinder im entsprechenden Alter.  
Quelle: World Bank (1996), *Social Indicators of Development*, Baltimore und London

Menschen als unterernährt, wenn sie weniger als 1.700 bis 1.960 Kilokalorien am Tag zur Ernährung zur Verfügung haben, wobei das Minimum nach Alter, Geschlecht, Gewicht und Land variiert.<sup>47</sup>

## 5 Ursachen der Armut

Armut konzentriert sich in China auf bestimmte, hauptsächlich ländliche Regionen. Nach Untersuchungen des Staatsrats verteilten sich die rd. 9% absolut Armen in den ländlichen Gebieten im Jahre 1994 auf landesweit 592 Kreise, die zum größten Teil in Zentral- und Westchina liegen. Diese Region weist gemeinsame Merkmale auf. Dazu zählt die sehr beschränkte Ausstattung mit einkommensschaffenden Ressourcen, insbesondere landwirtschaftlich nutzbarer Boden, Wasserressourcen sowie mangelhafte Human- und Sachkapitalausstattung. Die Armutskreise liegen in abgelegenen Bergregionen, Wüstengebieten, im Lößhochland und anderen Regionen mit extremen Klimabedingungen. Viele dieser Kreise werden von den nationalen Minderheiten bewohnt oder sind sogenannte frühere Revolutionsbasen.<sup>48</sup>

Ein weiteres gemeinsames Merkmal dieser armen Kreise ist die unzureichende Bereitstellung öffentlicher Güter, die sich in Form einer mangelnden Verkehrsanbindung, in großen Defiziten im Bildungsangebot sowie als Probleme bei der Bereitstellung von Trinkwasser darstellt. Aus der Knappheit an natürlichen Ressourcen und mangelndem Angebot öffentlicher Güter resultieren ein niedriges Produktionsniveau und ein geringes Wirtschaftswachstum sowie ökologische Ungleichgewichte. Weiterhin weisen die von Minderheiten bewohnten Regionen ein höheres Bevölkerungswachstum auf, so daß sich dort die Ressourcenlage weitaus schneller als in anderen Regionen verschlechtert hat, zumal durch die Migration das Bevölkerungswachstum nur unzureichend kompensiert wird.<sup>49</sup>

Durch die Zuteilung von Landnutzungsrechten in den frühen 80er Jahren hat der weitaus überwiegende Teil der ländlichen Bevölkerung über die Bewirtschaftung des Ackerlandes eine Einkommensquelle erhalten. Allerdings machte die Familienpachtwirtschaft das Problem der überschüssigen ländlichen Arbeitskräfte rasch deutlich. Auch war mit der Zuteilung von Landnutzungsrechten nicht automatisch garantiert, daß die Bauern ausreichende Einkommen erzielen konnten. In bestimmten Regionen war

das Land von solch schlechter Qualität, daß der Getreideanbau selbst für die eigene Ernährung nicht ausreichte. Viele arme Gebiete wurden deshalb zu Nettokonsumenten von Getreide und anderen Grundnahrungsmitteln. Preissteigerungen dieser Produkte beeinträchtigten den Lebensstandard der ärmsten Haushalte, die typischerweise mehr Familienmitglieder als im Landesdurchschnitt aufweisen und oft mit Krankheiten und anderen Schwierigkeiten konfrontiert sind.

Der Gesundheits-, aber auch der Bildungszustand der armen Bevölkerung weisen hohe Defizite auf, denn mindestens 50% der Knaben in den ärmsten Kleinstädten und Dörfern, und zwar insbesondere in Minderheitengebieten, und nahezu 100% der Mädchen in diesen Regionen besuchen nicht die Schule und bleiben Analphabeten. Kinder- und Müttersterblichkeitsraten in den sehr armen Kreisen sind mindestens 50-100% höher als im nationalen Durchschnitt und größer als in den ärmsten Gemeinden und Dörfern.

Wie bereits oben erwähnt, spielte die breite Teilhabe der ländlichen Bevölkerung an den Agrarreformen bei der Reduzierung der absoluten Armut um zwei Drittel von 1978-84 eine Schlüsselrolle. In diesem Zeitraum erhöhte sich das ländliche Pro-Kopf-Einkommen um jährlich real 15% im Durchschnitt und vergrößerte sich um mehr als 130%. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre reduzierte sich die Armut nur noch sehr geringfügig. Hierfür waren vor allem folgende Faktoren verantwortlich:

- \* die starke Erhöhung der Preise von Getreide und anderen Subsistenzgütern beeinflusste die Realeinkommen der Mehrheit der ländlichen Armen negativ;
- \* das schnelle Wachstum der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter überstieg die Ausweitung der Beschäftigungsmöglichkeiten und verschärfte das Problem der ländlichen Unterbeschäftigung;
- \* das Wirtschaftswachstum in den reicheren Küstenprovinzen war wesentlich höher als in den Inlandsprovinzen, die niedrigere Einkommen aufwiesen;
- \* die fiskalische Dezentralisierung übertrug einen wachsenden Anteil der Kosten für die ländlichen sozialen und Wohlfahrtsdienstleistungen auf die Lokalregierungen. Während die Reform in den wirtschaftlich entwickelten Regionen durchaus erfolgreich war, setzte sie die Lokalregierungen bzw. ihre Finanzausstattung

unter starken Druck. Ohne ausreichende Ausstattung mit Finanzmitteln von der übergeordneten Regierungsebene blieben die Lokalregierungen nicht in der Lage, angemessene soziale Dienstleistungen anzubieten und das Wirtschaftswachstum zu fördern.

Der Hauptgrund für die Stagnation der Armut 1985-90 war jedoch das geringe Wachstum der Landwirtschaft und die Tatsache, daß nur wenige ländliche nichtlandwirtschaftliche Betriebe in den Armutsgebieten gegründet wurden. Im Jahre 1990 hatten nur 4% der ländlichen Arbeitskräfte in den 120 ärmsten Kreisen eine Beschäftigung in solchen Unternehmen gefunden - im Gegensatz zu 22,1% im Landesdurchschnitt.<sup>50</sup>

## 6 Armutsbekämpfung in China

Die politischen Vorstellungen und der Wille zur Armutsbekämpfung sind wichtige Einflußfaktoren bei der Umsetzung von Programmen zur Reduzierung der Armut. Bei den Besuchen in den Armutsgebieten der Provinz Shaanxi im Herbst 1996 wurde der Verfasserin von den lokalen Kadern oft Deng Xiaopings Motto: "Armut ist nicht Sozialismus" genannt. Dieses Motto soll signalisieren, daß die KPCh der Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung einen hohen Stellenwert einräumt. Gerade das Armutsproblem stellt für die Partei eine große Herausforderung dar, da sie ihre Herrschaft zunehmend über den wirtschaftlichen Erfolg und weniger ideologisch legitimiert.

Der Ansatz der Regierung bei der Armutsbekämpfung wandelte sich Anfang der 90er Jahre, als sich nur noch zögerliche Fortschritte bei der Reduzierung der absoluten Armut und eine gleichzeitige Vergrößerung der regionalen Disparitäten abzeichneten. Von Programmen zur Unterstützung der Bevölkerung durch z.B. Subventionen in Form von Getreidelieferungen und Finanzzuweisungen aus dem Zentralhaushalt erfolgte ein Übergang zu Programmen, durch die direkt die Wirtschaftsentwicklung gefördert werden soll. Im nationalen Armutsbekämpfungsprogramm von 1994 wird allerdings eingestanden, daß die völlige Abschaffung der Armut schwieriger sein wird als in den vorausgegangenen Jahren, da sich die arme Bevölkerung auf abgelegene und ressourcenarme Regionen konzentriert. Der Staatsrat weist in diesem Programm auch darauf hin, daß die Ausweitung der Marktkräfte allein nicht ausreichen wird, um die Armut zu bekämpfen. Für die Entwicklung der armen Regionen stellt die Transformation des Wirtschaftssystems hin zu einer Marktwirtschaft zwar eine Chance dar, so der Staatsrat, es bestehe jedoch auch die Gefahr einer Vergrößerung des Regionalgefälles und eines damit verbundenen weiteren Zurückfallens der ärmsten Regionen. Die Förderung der armen Regionen sei von Bedeutung für eine nachhaltige, schnelle und gesunde Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft sowie für die Erhaltung der sozialen Stabilität und der ethnischen Einheit.<sup>51</sup> Da rd. 70% der nationalen Minderheiten zum armen Bevölkerungsteil zählen, ist gerade die Verbesserung des Lebensstandards dieser Gruppe von großer Bedeutung hinsichtlich der sozialen und damit politischen Stabilität in den ländlichen Gebieten bzw. Grenzregionen, in denen die Minderheiten überwiegend leben.<sup>52</sup>

Zu den Zielen der Armutsbekämpfung bis zum Jahre 2000, die im Nationalen Armutsbekämpfungsprogramm von 1994 genannt werden, zählen insbesondere:

- \* Innerhalb von sieben Jahren bis zum Jahre 2000 sollen die Subsistenzprobleme der rd. 80 Mio. armer Menschen in den ländlichen Gebieten gelöst sein.
- \* Der überwiegende Teil der Haushalte in den Armutsgebieten soll ein Pro-Kopf-Einkommen von 500 Yuan (zu konstanten Preisen von 1990) aufweisen.
- \* Bedürftige Haushalte sollen durch verschiedene Maßnahmen darin unterstützt werden, ihre Subsistenzprobleme zu lösen. Hierzu zählt z.B.:
  - 1) In Regionen, die die notwendigen Voraussetzungen dafür mitbringen, soll eine hochoertragsfähige Anbaufläche von 0,5 bis 1 Mu pro Kopf erstellt werden.
  - 2) Pro Haushalt soll 1 Mu Forstland oder Garten oder Fläche für Anbaufrüchte zur Verfügung stehen.
  - 3) Aus jedem Haushalt soll ein Mitglied in ländlichen Unternehmen in den Dörfern und Gemeinden oder Kleinstädten Arbeit arbeiten bzw. in entwickelte Regionen abwandern.
  - 4) Jeder Haushalt soll Aktivitäten in der Viehzucht oder Nebengewerbeproduktion durchführen.
  - 5) Jedem Haushalt soll eine umzäunte Wiese oder ein Stück umzäuntes Weideland zur Verfügung gestellt werden.

Ergänzend sieht das nationale Armutsbekämpfungsprogramm eine Reihe von Zielen für den Aufbau der Infrastruktur, Bildung, Kultur und Gesundheit vor:

- \* Das Trinkwasserproblem für Mensch und Vieh soll im wesentlichen bis zum Jahr 2000 gelöst sein.
- \* Bau von Straßen, die die meisten armen Gemeinden und Kleinstädte mit den Märkten und Zentren der Warenproduktion verbinden.
- \* Die meisten Armutskreise sollen an das Elektrizitätsnetz angeschlossen werden.
- \* Bereitstellung der Grundschulausbildung für alle in den Armutsgebieten; das verbleibende Analphabetentum soll so weit wie möglich ausgeremert werden.
- \* Angebot von Berufsbildung und technischer Ausbildung für Erwachsene.
- \* Verbesserung der medizinischen Versorgung und der Gesundheitsbedingungen, um epidemische Krankheiten zu vermeiden und zu reduzieren.
- \* Strenge Geburtenkontrolle, um den Anstieg der Bevölkerung im Rahmen der geplanten Zuwächse zu halten.

Der nationale Armutsbekämpfungsplan geht im einzelnen auf die Instrumente zur Umsetzung der o.g. Ziele ein sowie auf Fragen der finanziellen Unterstützung der Armutsgebiete. Diese soll durch eine Erhöhung der Finanzmittel aus dem Zentralhaushalt erfolgen und durch Umschichtung von Mitteln, die bisher in Armutsgebiete der relativ entwickelten Provinzen Guangdong, Fujian, Zhejiang, Shandong und Liaoning geflossen waren und nunmehr in Gebiete außerhalb der Küstenprovinzen geleitet werden sollen. Die genannten Küstenprovinzen werden aufgefordert, eigene Mittel für die Bekämpfung der Armut innerhalb ihrer Provinz bereitzustellen. Als zusätzliche Unterstützungsmaßnahmen sind im Programm Kredite zu Vorzugsbedingungen, Steuervergünstigungen etc. vorgesehen.<sup>53</sup>

Drei Jahre nach Aufstellung des nationalen Armutsbekämpfungsprogramms wurde auf der ZK-Konferenz zur Armutsbekämpfung und Entwicklung Ende September 1996 ein erstes Fazit zur Umsetzung des Programms gezogen. Als Erfolg in diesem Zeitraum gilt die Reduzierung der Zahl der absolut armen Menschen um 15 Millionen

Menschen (von 80 auf 65 Millionen). Daß noch viele Probleme bei der Armutsbekämpfung bestehen, die sich auch auf die Koordinierung der Aktivitäten zwischen den verschiedenen Verwaltungsebenen erstrecken, darauf wies der stellvertretende Ministerpräsident Zhu Rongji hin. Kritisch merkte Zhu Rongji in einer Rede auf der Konferenz an, daß sich die Arbeitsgruppen, die von der Zentral- oder der Lokalregierung in die Armutskreise gesandt würden, um Armutsprobleme zu untersuchen und praktische Lösungsvorschläge zu machen, nicht als "kaiserliche Abordnungen verstehen dürften, sondern mit den lokalen Ebenen kooperieren sollten. Weiterhin sei die Auswahl qualifizierten Leitungspersonals, insbesondere der Kreis-Parteisekretäre und der Kreisvorsteher, von zentraler Bedeutung für die Umsetzung der Politik in den Armutskreisen. Zu einem dritten Problemkreis zählte Zhu die Verwendung von Finanzmitteln, die nicht für andere Zwecke oder ohne rationale Planung und Durchführbarkeitsstudien eingesetzt werden dürften.<sup>54</sup> Vor dem Mißbrauch von Finanzmitteln für die Armutsbekämpfung bzw. ihrem schlecht geplanten Einsatz in Industrieprojekten warnte auch Finanzminister Liu Zhongli im September 1996, der gleichzeitig eine Erhöhung der zentralen Zuweisungen für die Armutsgelände ankündigte.<sup>55</sup>

Ergänzend zum nationalen Armutsbekämpfungsprogramm konkretisiert der ZK-Beschluß zur Armutsbekämpfung vom 23.10.96, der Anfang Januar 1997 veröffentlicht wurde, eine Reihe von Fördermaßnahmen für die Armutsgelände. So werden arme Haushalte beispielsweise von der Getreideablieferung an den Staat und Zahlung von Landwirtschaftssteuern befreit, für Armutspunkte gelten günstige Kreditbedingungen, und diese Gebiete erhalten mehr finanzielle Unterstützung von der Zentralregierung. Weiterhin gelten in den Armutskreisen steuerliche Vergünstigungen bei der Gründung von Unternehmen, z.B. in Form einer Befreiung von der Körperschaftsteuer für die ersten drei Jahre.

Dem bereits von der Zentralregierung im nationalen Armutsbekämpfungsprogramm von 1994 eingeleiteten Austausch von Leitungspersonal zwischen den Küsten- und Inlandsprovinzen wird im ZK-Beschluß eine besonders wichtige Rolle zugeschrieben, und es werden die Partnerregionen im einzelnen spezifiziert:

*Kooperation zwischen den Küsten- und Inlandsprovinzen:*

| <u>Küstenprovinz</u> | <u>Inlandsprovinz</u> |
|----------------------|-----------------------|
| Beijing              | Innere Mongolei       |
| Tianjin              | Gansu                 |
| Shanghai             | Yunnan                |
| Fujian               | Ningxia               |
| Liaoning             | Qinghai               |
| Guangdong            | Guangxi               |
| Zhejiang             | Sichuan               |
| Shandong             | Xinjiang              |
| Jiangsu              | Shaanxi               |

Für die Unterstützung der Provinz Guizhou werden die vier Städte Shenzhen, Qingdao, Dalian und Ningbo als Partner genannt. Neben der Bereitstellung von Fachpersonal sollen die Küstenprovinzen die armen Gebiete in den Inlandsprovinzen finanziell unterstützen und Hilfestellung bei der Vermittlung von Technologie und Information geben.<sup>56</sup>

Die von der Zentralregierung geförderte Kooperation zwischen den wirtschaftlich relativ hoch entwickelten und den wirtschaftlich wenig entwickelten Provinzen folgt der Ideologie der KPCh des "gemeinsam reich werdens". Zwar dürften einige Regionen schneller als andere zu Wohlstand gelangen, doch seien sie gleichzeitig verpflichtet, die ärmeren Regionen in ihrer Entwicklung zu unterstützen. In seiner Rede während der Konferenz zur Armutsbekämpfung vom 23.9.96 wies Jiang Zemin auf die besondere Verpflichtung der Partei gegenüber den Armutsgeländen hin. So zählten 105 der 592 Armutskreise zu den alten Revolutionsbasen, in denen die Bevölkerung für den Aufbau des neuen Chinas große Opfer gebracht habe.<sup>57</sup>

**7 Ausblick**

Um wie geplant die Armut bis zum Jahre 2000 völlig abzuschaffen, müßten jährlich rd. 13 Millionen Menschen den Sprung aus der absoluten Armut schaffen. Daß dieses Ziel nur sehr schwer, wenn überhaupt erreichbar ist, davon geht auch die Führungsgruppe beim Staatsrat zur Armutsbekämpfung und Entwicklung inzwischen aus.<sup>58</sup> So konnten in den ersten drei Jahren des Armutsbekämpfungsprogramms im Jahresdurchschnitt lediglich rd. 5 Mio. aus der absoluten Armut herausgeführt werden, also weitaus weniger als geplant. Außerdem sind die Kosten für die Reduzierung der Armut in den ressourcenarmen Gebieten Zentral- und Westchinas besonders hoch. Schätzungen chinesischer Experten zufolge werden bis zum Jahre 2000 rd. 100 Mrd. Yuan für die Armutsbekämpfung erforderlich sein. Hierbei wird unterstellt, daß die nach chinesischen Berechnungen verbleibenden 65 Millionen Menschen rd. 1.500 Yuan benötigen, um sich von der Armut zu befreien.<sup>59</sup>

Aufgrund der oftmals extremen geographischen und klimatischen Bedingungen in den armen Gebieten sind diese Regionen besonders anfällig für Naturkatastrophen, so daß Fortschritte bei der Armutsbekämpfung wiederholt in Frage gestellt werden. Allein 1996 wurden durch verschiedenste Naturkatastrophen Schäden in Höhe von 220 Mrd. Yuan verursacht. In der Provinz Hebei beispielsweise stieg die Zahl der armen Menschen durch Überschwemmungen im Herbst 1996, bei denen in Hebei 671 Menschen ums Leben kamen, um erneut 830.000. In den vorangegangenen drei Jahren hatte die Provinz 2,5 Millionen Menschen aus der absoluten Armut herausführen und die Zahl der Armen auf 4 Mio. reduzieren können.<sup>60</sup>

Das Ziel, die Armut bis Ende 2000 in China völlig abzuschaffen, erscheint wenig realistisch. Daß trotzdem die Position von Partei und Regierung sowie Programme zur Armutsbekämpfung sowohl im Herbst 1996 als auch im Januar 1997 in einer derart starken Präsenz in den Medien dargestellt wurden, spiegelt die politische Bedeutung wider, die den armen Inlandsprovinzen und dem Thema Armutsbekämpfung geschenkt wird.<sup>61</sup>

Die Förderung der armen Gebiete hat einen direkten Einfluß auf die Entwicklung der regionalen Disparitäten. Durch einkommensschaffende Maßnahmen und durch Bereitstellung öffentlicher Güter kann die absolute Armut reduziert und der Lebensstandard erhöht werden. Allein durch die Wirkung von Marktkräften wird diese Entwicklung nur sehr langfristig, wenn überhaupt eintreten. Die neuen regionalpolitischen Weichenstellungen zielen auf eine schnellere Angleichung der Disparitäten. Diesem Ziel

dient auch der geplante Ausbau der Infrastruktur, um die erwartete Verlagerung von Auslandsinvestitionen in die Inlandsprovinzen und die stärkere Binnenmarktintegration zu unterstützen.

### Anmerkungen:

- 1 Siehe hierzu z.B. Heilmann, S.(1995), "China auf dem Weg zum Föderalismus?", in: *China aktuell*, Juli, S. 573-589, und Chung, J.H. (1995), "Studies of Central-Provincial Relations in the People's Republic of China: A Mid-Term Appraisal", in: *The China Quarterly*, No. 142, June, S. 287-508.
- 2 Vgl. hierzu: Zhonggong zhongyang guowuyuan guanyu jinkuai jieque nongcun pinkun renkou wenbao wenti de jue ding (Beschluss des ZK der KPCh und des Staatsrats zur beschleunigten Lösung der Ernährungs- und Bekleidungsprobleme der armen ländlichen Bevölkerung), 23.10.92, in: *Jingji Ribao* (Wirtschaftszeitung), 8.1.97 sowie die Rede des Parteivorsitzenden Jiang Zemin vom 23.9.96, "Quan dang quan shehui dongyuan quilai, wei shixian ba qi fupin gongjian jihua er fendou (Die gesamte Partei und Gesellschaft mobilisieren, um für das 8-7-Armutsbekämpfungsprogramm zu kämpfen), 23.9.96, in: *Jingji Ribao*, 6.1.97 sowie die Rede von Ministerpräsident Li Peng "Jiaqiang fupin gongjian lidu jinkuai jierjue qunzong wenbao wenti" (Die Armutsbekämpfung verstärken und schnellstmöglichst die Ernährungs- und Bekleidungsprobleme der Massen lösen), 23.9.96, ebenfalls abgedruckt in *Jingji Ribao* vom 7.1.97.
- 3 Tsui, Kai-yuen (1993) *Economic Reform and Interprovincial Inequalities in China*, Chinese University of Hong Kong, Department of Economics, Working Paper No. 31, S. 70.
- 4 Denny, David L. (1991), "Provincial Economic Differences Diminished in the Decade of Reform", in: Joint Economic Committee Congress of the United States, *Chinas Economic Dilemmas in the 1990's: The Problems of Reforms, Modernization and Interdependence*, Washington, D.C., S. 186-208.
- 5 Yang, Weimin (1992), "Diqu jian shouru chaju biandong de shizheng fenxi" (Empirische Analyse der Veränderung der regionalen Einkommensunterschiede), in: *Jingji Yanjiu*, 1, S.70-74, S.84.
- 6 Wei, Houkai und Liu Kai (1994), "Wo guo diqu chayi biandong qushi fenxi yu yuce" (Analyse und Prognose der regionalen Unterschiede Chinas, in: *Zhongguo gongye jingji yanjiu*, 3, S.28-36.
- 7 Xia, Yongxiang (1994), "Wo guo diyu fazhan chaju yuanying de fenxi" (Analyse der Ursachen für die regionalen Entwicklungsunterschiede), in: *Zhongguo gongye jingji yanjiu*, 11, S.57-61.
- 8 Huo, Shitao (1994), "Regional Inequality Variations and Central Government Policy, 1978-1988", in: Jia Hao und Lin Zhimin (eds.) (1994), *Changing Central-Local Relations in China*, Boulder, 181-206.
- 9 Herrmann-Pillath, Carsten (Hrsg.) (1995), *Wirtschaftliche Entwicklung in Chinas Provinzen, 1978-1992. Ein statistisches Handbuch*, Baden-Baden.
- 10 Song, Xueming (1995), *Regionale Wirtschaftsentwicklung in China, 1978-1992*, Duisburger Arbeitspapiere zur Ostasienwirtschaft, No.18.
- 11 Üblicherweise werden die Provinzen in Ost-, Zentral- und Westchina gegliedert; die regionalpolitischen Vorstellungen im 7.Fünfjahresplan basierten beispielsweise auf dieser Raumaufteilung. In ihrem Programm zur regionalen Entwicklungsplanung im Jahre 1992 hat die Zentralregierung eine noch stärker differenzierte großräumliche Aufteilung vorgestellt, die in einer Zuordnung von Provinzen zu sieben Großregionen besteht. Diese Regionaleinteilung wird auch im laufenden Fünfjahresplan fortgeführt.
- 12 Woo Tun-oy, a.a.O., S. 284-290.
- 13 Vgl. hierzu u.a. Buttler, F., Gerlach, K. und Liepmann, P. (1977), *Grundlagen der Regionalökonomie*, Hamburg.
- 14 Song, a.a.O., S. 1; Yang, a.a.O., S. 70.
- 15 Denny, a.a.O., S. 204-5; Tsui, a.a.O., S.13; Schüller, Margot (1995), "Ansturm auf die Städte", in: *China aktuell*, Juni, S. 494-499.
- 16 Denny, a.a.O., S. 194-197.
- 17 Huo, a.a.O., S. 198 f.
- 18 Tsui, a.a.O., S. 4.
- 19 Huo, a.a.O., S. 200-201.
- 20 Wei und Liu, a.a.O., S. 29-30; Li Jingwen (1995), *Zou xiang 21 sheji de zhongguo jingji* (Chinas Wirtschaft auf dem Weg ins 21. Jahrhundert), S. 219 ff.
- 21 Zum Zufluß von Auslandskrediten der Weltbank in die Inlandsregionen siehe u.a. Schüller, Margot (1994), "Chinas Integration in die internationalen Wirtschaftsorganisationen IWF, Weltbank und GATT, in: *China aktuell*, Juli, S. 152-161.
- 22 Denny, a.a.O., S. 199 ff.
- 23 Yabuki, Susumu (1995), *China's New Political Economy: The Giant Awakes*, Westview Press, Boulder/Oxford. Yabuki bezieht sich hier auf das ZK-Dokument No. 4 zur Öffnung der Inlandsregionen, a.a.O., S. 192 f.
- 24 Denny, a.a.O., S. 205.
- 25 Ma Chengsan (1995), "Issues in Fine-Tuning Foreign Investment Policies", in: *JETRO China Newsletter*, No. 116.
- 26 *China Trade Report*, August 1996; "Sinkende Anteile Guangdongs an Auslandsinvestitionen", in: *China aktuell*, Juni 1996, S. 592 und 593.
- 27 Wei und Liu, a.a.O.; Song, a.a.O., S. 27.
- 28 Nee, Victor (1994), "Institutional Change and Regional Growth", S. 1-16, in: Lyons, T.P. und Nee, V., *The Economic Transformation of South China*, Cornell University, Ithaca, New York.
- 29 Watanabe, T./Meng, J.J./Yang, R. (1996), "A Study on the Allocation Structure of the Economic Power among Regions in China", in: *JETRO China Newsletter*, No. 123.
- 30 Vgl. dazu die Angaben zur Entwicklung des Tertiärsektors in *China Statistical Yearbook of China*, verschiedene Jahrgänge.
- 31 Xia, a.a.O.
- 32 Vgl. hierzu Li, Jingwen, a.a.O., S. 281 ff; Schüller, Margot (1997), "Liaoning. Struggling with the burdens of the past", in: Goodman (Ed.), *China's Provinces in Reform: class, community and political culture*, in Druck.
- 33 Wei und Liu (1994), a.a.O., S.31.
- 34 Wei und Liu, a.a.O.; Li Jingwen, a.a.O.
- 35 *Outlines of the Ninth Five-Year Plan for National Economic and Social Development and the Long-Term Target for the Year 2010*, in: SWB, FE/2586 vom 15.4.96.
- 36 *China News Analysis* (1996), Fighting Regional Disparities, September, No. 1567.
- 37 "Mehr Unterstützung für die Inlandsregionen", in: *China aktuell*, August 1996, S. 754-755.
- 38 XNA, 27.7.96.
- 39 BMZ (Hrsg.): *Hauptelemente der Armutsbekämpfung*, 1992, S. 2.
- 40 Bohnet, A./Schmitt, S. (1996), "Ursachen für die Existenz von Armut und Ansätze zu deren Bekämpfung: Das Beispiel Südwestchinas", Universität Gießen, unveröffentlichtes Manuskript.
- 41 Definition des Rural Survey Team of the State Statistical Bureau 1989, in: Zhu, Ling/Jiang, Zhongyi (1996), *Public Works and Poverty Alleviation in rural China*, New York, S.8.
- 42 Office of the Leading Group for Economic Development of Poor Areas under the State Council, 1989 a, in: Zhu/Jiang, a.a.O., S.9.
- 43 Zhu/Jiang, a.a.O., S. 9-10.
- 44 World Bank (1990), *World Development Report 1990: Poverty*, Washington, D.C., S. 26 und S. 27 ff.
- 45 Hierzu die Studie: World Bank (1996), *Poverty Reduction and the World Bank: Progress and Challenges in the 1990s*, Washington, D.C., sowie "How poor is China?", *The Economist*, 12.10.96; AWSJ, 27./28.9.96; World Bank (1996), *Poverty in China: what do the numbers say?*, Background note, Washington, D.C.
- 46 Siehe hierzu UNDP (Hrsg.), *Human Development Report 1995*, S. 15 ff. und Bohnet, Frank (1993), "Der Human Development Index der UNDP - eine kritische Analyse", zitiert in: Bohnet, A./Schmitt, S. (1996), a.a.O.
- 47 FAZ, 15.1.96.
- 48 Siehe hierzu auch Hemmer, Hans-Rimbert (1996), "Zur regionalen Verursachung von Armut: Einige Anmerkungen aus entwicklungsökonomischer Sicht"; Beitrag zum internationalen Symposium Ordnungsreform und Entwicklung der chinesischen Wirtschaft in den 90er Jahren, Zentrum für kontinentale Agrar- und Wirtschaftsforschung der Justus-Liebig-Universität Gießen, 18./19.6.96; S. 3 ff; World Bank (1992), a.a.O., S. x.
- 49 State Council (1994), *National 8 - 7 Poverty Reduction Plan (1994-2000)*, S. 1, Beijing; "Armut soll bis zum Jahre 2000 beseitigt sein", in *China aktuell*, Mai 1996, S. 489-490. Siehe hierzu auch Hemmer, a.a.O.
- 50 World Bank (1992), a.a.O., Sx ff.
- 51 State Council, a.a.O.
- 52 Zou, Dongtao (1996), "Regionale Wirtschaftsentwicklung und Bekämpfung der Armut in China", Beitrag zum internationalen Symposium Ordnungsreform und Entwicklung der chinesischen Wirtschaft in den 90er Jahren, Zentrum für kontinentale Agrar- und Wirtschaftsforschung der Justus-Liebig-Universität Gießen, 18./19.6.96
- 53 State Council (1994), a.a.O.
- 54 Xinhua News Agency, Beijing, in Chinese, 25.9.96, nach SWB FE/ D2730/CNS 30.9.96.
- 55 XNA, 12.9.96.
- 56 ZK-Beschluß zur Armutsbekämpfung vom 23.10.96 (siehe Anmerkung 2).
- 57 Zur Rede Jiang Zemin's siehe Anmerkung 2.
- 58 Interview der Verfasserin mit leitenden Vertretern der Führungsgruppe zur Bekämpfung der Armut und Entwicklung beim Staatsrat in Beijing, Herbst 1996.
- 59 XNA, 12.9.96.
- 60 XNA, 22.12.96; XNA, 17.11.96; XNA, 4.1.97.
- 61 SCMP, 9.1.97.

\*) Sara-Devi Gendo und Martin Kölling danke ich für die graphische Umsetzung der Daten zur Regionalentwicklung.